

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 20 Mark... für den Rest des Jahres 200 Mark...

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 26. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Billionendefizit und Ruhrkampf.

Etatrede von Hermes. — Programmrede von Wels.

Nach allem parlamentarischen Brauch dient die erste Lesung des Etats einer allgemeinen Aussprache über die auswärtige und die innere Politik.

Zunächst ergriff Reichsfinanzminister Dr. Hermes das Wort. Seine Rede begann mit Ziffern, die besser als alles andere Deutschlands Not kennzeichnen.

Die Rede des Genossen Wels, die vom Hause mit großer Spannung angehört wurde und zeitweilig lebhafteste Bewegungen auslöste, entsprach dem hohen Ernst der weltgeschichtlichen Stunde.

Die Parteien der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft beschränkten sich darauf, durch den Abg. Koch erklären zu lassen, daß sie fest hinter der Regierung ständen.

Nach der Erledigung einiger kleinerer Vorlagen trat der Reichstag gestern in die erste Beratung des Etats für 1923 ein, der begründet wird vom

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1923 steht im Zeichen der niedergehenden Kurve der Mark.

Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung bleibt ein ungedeckter und auf Anleihe zu übernehmender Ausgabebedarf von 66 Milliarden Mark.

Für die Ausführung des Friedensvertrages ergibt sich ein Ausgabebedarf von 206 Milliarden. Dabei ist entsprechend unserem Moralocumgesetz für die eigentlichen Reparationen noch kein Betrag eingestellt.

Die Anordnung der Interalliierten Rheinlandkommission, die für das alte wie für das neubefetzte Gebiet alle ausfuhr-geschäfte stammenden Devisen beschlagnahmt und die Ausfuhr lediglich von der Genehmigung durch die Rheinlandkommission selbst abhängig machen will, erklärt der Reichswirtschaftsminister in einem Erlaß an den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung in allen Teilen für rechtsunwirksam.

Rechtsunwirksame Verfügungen.

Die Anordnung der Interalliierten Rheinlandkommission, die für das alte wie für das neubefetzte Gebiet alle ausfuhr-geschäfte stammenden Devisen beschlagnahmt und die Ausfuhr lediglich von der Genehmigung durch die Rheinlandkommission selbst abhängig machen will, erklärt der Reichswirtschaftsminister in einem Erlaß an den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung in allen Teilen für rechtsunwirksam.

Französische Eisenbahner eingetroffen.

Düsseldorf, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Eisenbahnverkehr auf den Bahnhöfen Duisburg, Wülheim und Oberhausen ruht heute vollständig.

Die Bergarbeiter, die während der letzten Tage aus Protest gegen die Verhaftung der Werksleiter in den Ausstand getreten waren, haben jetzt die Arbeit allgemein wieder aufgenommen.

Jolle auf 1900 bis 2100 Milliarden Mark geschätzt werden. Es entsteht also im ordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung ein Fehlbetrag von 1400 bis 1600 Milliarden.

was das Ruhrkohlengebiet für uns bedeutet!

1922 wurden dort 100 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert oder rund 80 Proz. unserer Gesamtförderung.

Abschnürungsversuch und Abwehr.

Düsseldorf, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Abschnürung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland soll zunächst durch starke militärische Maßnahmen auf folgenden Bahnhöfen erfolgen: Sinjen, Weltrop, Bienen östlich von Dortmund, Hörde, Colbringhausen und Hagen-Vorchalle.

Hier ist ein Bureau eingerichtet worden, das die Ein- und Ausfuhrerlaubnis erteilen soll.

Aufrechterhaltung des Verkehrs im Ruhrgebiet soll zum Teil durch französische Eisenbahner versucht werden.

Im Solinger Bezirk nahmen die englischen Truppen ebenfalls Umgruppierungen vor.

Infolge Besetzung und Stilllegung des Bahnhofes Dahlhausen können sämtliche Züge zwischen Elberfeld und Essen über Hattingen verkehrenden Elzünge nicht mehr fahren.

Die CGT. gegen die Mobilisierung von Eisenbahnern.

Paris, 25. Januar. (W.B.) Die Zentrale des französischen Gewerkschaftsbundes erläßt einen Protest gegen die Mobilisierung von Post- und Eisenbahnbeamten für das Ruhrgebiet.

„Peuple“ schätzt die Zahl der mobilisierten Eisenbahner, die für das Ruhrgebiet bestimmt sind, auf 3750.

Einstellung der ganzen Rheinschiffahrt.

Duisburg, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Infolge des empörenden Verhaltens der Besatzung (u. a. hat man Schiffsmannschaften zum Dienst aus der Wirtschaft geholt) haben die Schiffsmannschaften des Rheins, Dred- und Maschinenpersonal, beschlossen, von heute ab den Dienst auf den Dampfern einzustellen.

Die Duisburger „Volksstimme“ ist bis zum 1. Februar verboten worden. Belgische Kriminalisten haben die Zeitung in den letzten Tagen beschlagnahmt.

Essen, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach unseren Feststellungen stehen zurzeit folgende Truppen im besetzten Gebiet: Eine belgische Division in Sterkrade, die 47. französische Infanterie-Division in Redlinghausen, das 32. französische Infanterie-Korps (zwei Divisionen) in Kappeln, die 13. Infanterie-Division in Studen, die 14. in Weimar, das 33. Infanterie-Korps (drei Divisionen) in Bredeley bei Essen, die 14. Kavallerie-Division in Düsseldorf.

bestimmten wirtschafts-imperialistischen Plänen streckt Frankreich die Hand nach diesem Lebenszentrum Deutschlands aus. Die Errichtung eines „Grand trust français du charbon et de la métallurgie“, das heißt,

#### die Absicht der französischen Imperialisten

geht dahin, im westlichen Wirtschaftsgebiete eine Vereinigung von Eisen, Erz und Kohle unter französischer Führung anzuschließen, die eine weit größere Bedeutung haben würde, als die hervorragende Stellung, die sich die deutsche Schwerindustrie vor dem Kriege errungen hatte. Die Herstellung einer Beziehung zwischen der lothringischen und der Ruhrindustrie, die beiden Gleichberechtigung und Unabhängigkeit gewährleistet, wäre eine natürliche Entwicklung, aber die französischen Imperialisten wollen

#### die unbedingte Vorherrschaft in Europa,

die der deutschen Industrie die Selbständigkeit und der deutschen Wirtschaft die Lebensmöglichkeiten nehmen würde, aber auch die wirtschaftliche Stellung anderer europäischer Staaten hart beeinträchtigen würde. Durch die Ruhrbesetzung und die dadurch bewirkte neue Geldentwertung wächst unsere schwebende Schuld. Wir hatten am 31. Dezember 1922 eine schwebende Schuld (diskontierte Scheckanweisungen) von rund 1405 Milliarden Mark, am 22. Januar 1923 von 1852 Milliarden Mark. Vom Kriegsende bis zum Ablauf des Jahres 1920 war die schwebende Schuld nur von 51 Milliarden auf 166 Milliarden gestiegen. Vom Beginn des laufenden Rechnungsjahres bis zum 22. Januar hat sich dagegen die schwebende Schuld um 1850 Milliarden vermehrt. Welches Ausmaß die Störung des deutschen Finanzwesens durch den Gewaltakt an der Ruhr annehmen wird, läßt sich noch nicht annähernd übersehen.

#### Der Versuch der Besatzungsarmee, die Kohlensteuer und die Zölle an sich zu bringen, wird von uns mit allen Mitteln bekämpft werden.

(Lebhafte Beifall.) Aber schon der Versuch der Besatzungsarmee muß auf die Einnahmen schädlich einwirken. Zu den Mindereinnahmen gesellen sich Ausgaben zur Befreiung der durch die Besatzungsarmee entstehenden Schäden. (Hört, hört!)

Angeht es der Zahlen, die ich vorher nannte, müssen wir uns klar sein, daß es sehr mehr als je unmöglich ist, einen Haushalt aufzustellen, der irgendwelchen Anspruch auf praktischen Wert haben könnte. (Sehr richtig!) Der jüngste Sturz der Reichsmark auf einen bisher unerhörten Tiefstand hat auch die letzte Möglichkeit genommen, einen geordneten Vorschlag aufzustellen, ganz zu schweigen von der Stabilisierung der Mark. Wir müssen versuchen, von unserem schwer bedrängten Volke die äußerste Not abzumwenden. Wir müssen finanzielle Bedenken hinstellen, wenn es gilt, den am meisten bedrängten Kreisen des Volkes die Möglichkeit des nackten Lebens zu verschaffen. Die Ernährung der Bevölkerung darf nicht weiter verschlechtert werden. (Es folgen detaillierte Angaben über die sozialen Maßnahmen der Regierung.)

Noch einmal muß vor aller Öffentlichkeit mit der Bitterkeit aufgeräumt werden, daß Deutschland selbst seine Währung und seine Finanzen absichtlich in Unordnung gebracht habe, um sich der Wiederherstellung zu entziehen. Ungehörige Werte hat Deutschland seit dem Waffenstillstand bis zum 1. Mai 1921 den Alliierten überlassen müssen. Es ist ein Widerstreben, Reparationsleistungen von unerhörtem Ausmaß von Deutschland zu verlangen und ihm gleichzeitig die unproduktive Last der Unterhaltung fremden Militärs — bis jetzt 4 1/2 Milliarden Goldmark — aufzuerlegen.

#### Die Reichsmark fiel,

als wir im Jahre 1921 auf das Londoner Ultimatum hin die erste Milliarde Goldmark zahlten, sie fiel von neuem, als der wertvolle Teil Oberschlesiens von Deutschland abgetrennt wurde. Der Kurs besserte sich jedesmal, wenn eine Verständigung bevorzustehen schien, wie in Cannes, Genoa, während der Bankkonferenz usw. Er ist aber nach jeder Besserung wieder gefallen, weil seit der Ministerpräsidentenschaft Poincaré an die Stelle der Verständigung eine Ära der Gewaltmaßnahmen getreten ist. An dieser Stelle muß ich mit der Verleumdung Poincarés, mit dem Märchen von der „mauvaise volonté“, von dem vollen Willen der Deutschen, abtreten. Bei allen Reparationsverhandlungen des letzten Jahres ist die deutsche Regierung soweit entgegengekommen, wie sie es mit ihrer Verantwortung nur irgend vereinbaren konnte. Von einer Bereitwilligkeit der französischen Regierung, Deutschlands Lage objektiv zu würdigen, haben wir aber nichts gemerkt. (Hört, hört!) Wir können vielmehr mit Fug und Recht gegenüber Frankreich den Vorwurf des sorglosen „mauvaise volonté“ erheben (lebhafte Zustimmung) und bemerken. Die jegliche französische Regierung ist jedem Versuch einer direkten Aussprache mit Vertretern der deutschen Regierung oder der deutschen Wirtschaft auszuweichen und hat damit jede Möglichkeit zur Verständigung vereitelt. (Bewegung.) Die Reparationskommission hatte in ihrem Beschlusse vom 31. August 1922 ausdrücklich die vorläufige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und die Notwendigkeit eines längeren Moratoriums anerkannt. Gleichzeitig aber stellte Poincaré sein verächtliches System der „Pänder“ auf. Als ob nicht der Versailles Vertrag durch die militärische Besetzung der Rheinlande, durch die Ausfaltung der Reparationskommission mit weitestgehenden diktatorischen Befugnissen sowie durch die Besetzung einer ersten Hypothek auf dem gesamten deutschen Reichs- und Staatsvermögen wäherlich auch den überspannten Forderungen der Sieger nach Sicherheiten und Pfändern Rechnung getragen hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Als Poincaré mit seiner langen Pänderliste auf der Besprechung der Alliierten in London im August keinen Erfolg hatte, klammerte er sich an die Beschlagnahme der unterrheinischen Staatswälder und der lothringischen Kohlenbergwerke im Ruhrgebiet. Wir haben diesem Verlangen, dessen Ziel ja nur zu klar zu Tage lag, von vornherein den festesten Widerstand entgegenzusetzen. (Beifall.) Jedermann wird uns bezeugen müssen, daß wir die mühseligen Verhandlungen mit der Reparationskommission im Herbst

#### im Geiste der Verständigungsbereitschaft

bis zur äußersten Möglichkeit trotz der andauernden Drohung mit der Besetzung des Ruhrreviers geführt haben. (Sehr richtig!) Der militärische Einfall in das Ruhrgebiet hat die Mark wiederum zwei Drittel ihres vorher schon so geringen Restes an Wertgehalt einbüßen lassen.

Daß auch Frankreich bei dieser Politik nichts gewinnen kann, diese Auffassung wird von allen Einsichtigen geteilt werden. Der Einbruch Frankreichs in das Ruhrgebiet ist zugleich der schwerste Einbruch in die Vertragsrechte derer, die von Deutschland Beträge zu ihrem Wiederaufbau erheben. (Lebh. Zustimmung.) Daß die deutsche Regierung mit unbeugsamer Entschlossenheit alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden wird, um die Ziele der Gewaltpolitik Deutschland gegenüber zu vereiteln, das kann ich von dieser Stelle aus aufs neue bekräftigen. (Lebh. Beifall.) Entschlossener Widerstand ist schon deshalb nötig, um mit einem weiteren Vertragsbruch einmal gründlich aufzuräumen, daß man aus Deutschland alles herausziehen könne, wenn man ihm nur die Daumenschrauben ansehe. (Lebh. Zustimmung.) Was wir leisten, wollen wir auf Grund gegenseitiger Vereinbarung leisten, unter dem Zwang der Bajonette leisten wir nichts. (Lebh. Beifall.) Jetzt oder nie müssen wir der Welt die Augen darüber öffnen, daß die von sämtlichen Alliierten erzwungene Unterzeichnung des Vertrages von Versailles und die Annahme des Londoner Ultimatus vom Mai 1921 niemandem ein Recht zu der Annahme gibt, daß wir nun auch weiterhin und in alle Ewigkeit uns der Willkür der Fremdherrschaft fügen würden. (Lebh. Beifall.) Erst wenn man in Frankreich mit der Formel gedrohen haben wird: „Der Deutsche zahlt alles“, wird man dort lernen, die Reparationsfrage vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu betrachten. Ueberaus bedauerlich ist es, daß sich die Reparationskommission und die Rheinlandkommission von Frankreich zu politischen Zwecken mißbrauchen lassen. Eine verhängnisvolle Lösung wäre es, aus der Ruhrinvasion ein Fiasko der Erfüllungspolitik herzuheben. Ohne Erfüllungspolitik stünde Frankreich heute nicht allein, ohne die Erfüllungspolitik würde nicht die ganze Welt die rechtswädrige Militärvillkür Frankreichs verurteilen. (Sehr wahr!) Wir stehen mitten in der Finsternis und leben nicht, wie lang der Leidensweg ist, den unser Volk noch soviel schwerer

Sahren noch weiter ins Ungewisse gehen muß. Unser heißer Dank aber gebührt den schwerbedrängten Brüdern an der Ruhr, die mit vorbildlicher Treue und mit eiserner Ausdauer allen Dröhungen und Bedrückungen der fremden Zwangsherrschaft zum Trotz ihre Liebe und ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich täglich aufs neue bekräftigen. (Lebh. Beifall.) Es muß sich jetzt entscheiden, ob die unerhörten Gewaltmaßnahmen der französischen Regierung geeignete Mittel sind, um sogenannte vertragliche Rechte auch dann durchzusetzen, wenn durch die Wucht der wirtschaftlichen Entwicklung für jeden Verständigen längst nachgewiesen ist, daß die im Friedensschluß erzwungenen Rechtstitel

nicht nach dem Buchstaben des Diktats ausgeführt werden können.

Sobald jedoch die Gewalt dem Rechte gewichen ist, wird man uns bereit finden, über eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage zu verhandeln. Wir dürfen uns über die Schwere des Kampfes keine Täuschung hingeben. Stärkste Konzentration unserer Kräfte ist not. Es geht um Sein oder Nichtsein der Nation. Einigkeit und Geschlossenheit ist das Gebot der Stunde, kein innerer Zwist darf seine dunklen Schatten in diese Tage der Erprobung unserer moralischen Kraft hineinwerfen. (Sehr gut!) Aber auch in dieser unerhörten schweren Stunde darf uns nicht die Leidenschaft fähren sein, so verständlich sie auch sein möchte. Nichts wäre verhängnisvoller für uns, als ein Mangel an Augenmaß für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Lage. (Sehr wahr!) Keine unbesonnene Ausspeisung unseres Volkes (Sehr wahr!) darf den würdigen Ernst und die ruhige Festigkeit unserer Abwehr verunkeln. Wir sind von dem festen Glauben an den Erfolg unseres moralischen Widerstandes erfüllt, denn er schärft seine Kraft aus den letzten unzerstörbaren Wurzeln unseres Volkstums, aus der unerschütterlichen Treue zu Reich und Land und aus der starken, alles überwindenden Liebe zu unserem teuren Heimatboden. (Lebh. Beifall und Handklatschen, auch auf den Tribünen.)

#### Abg. Wels (Soz.):

Im Augenblick, in dem Frankreich seinen bewaffneten Ueberfall auf unser wehrloses Land verübt hat, sind wir von einer festen Regelung des Etats weiter denn je entfernt. An dem trostlosen Bild, das uns der Minister entwerfen mußte, tragen aber unsere Steuerverhältnisse

Mitschuld. Die Steuern sind hoch, aber nur ein Teil zahlt pünktlich. Alles, was nicht Lohnsteuer ist, wird in einwertiger Mark entrichtet. Die gewaltigen Opfer der Massen werden dadurch illusorisch, das Verlangen der Steuergesetzgebung gegenüber den Leistungsfähigen wird offenbar. Die Preise steigen, die Kaufkraft der Arbeiter wird geschwächt, die Tendenz zur Wirtschaftskrise verschärft, die Stabilisierung der Mark unmöglich gemacht. Und doch ist die Wiederherstellung einer festen Währung Voraussetzung einer gerechten Steuererhebung. Von der Regierung ist zu verlangen, daß sie diesem Ziel trotz augenblicklicher Schwierigkeiten energisch zustrebt. Sehr schon muß alles getan werden, um

#### die Steuern der Besessenen der Geldentwertung anzupassen.

Der angeklagte Begehrenwurf entspricht diesem Zweck in keiner Weise. Vor allem müssen die Bestimmungen über Steuerfindung geändert werden. Wie notwendig das ist, haben die Erörterungen über die Stundung der 30 bis 40 Milliarden Kohlensteuer gezeigt. Die Steuermoral ist gesunken; desto gefährlicher ist es, Bankauslastungsfrist und Depozitwang zu befestigen, zumal jetzt, wo wahrscheinlich Vermögensteuern oder Zwangsanleihen vor der Tür stehen. Für Spekulation ist immer Geld da, wenn Steuern gezahlt werden sollen, herrscht Kreditnot. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Aktien nach Durchschnittssatz von 1920 und 1921 bewerten, heißt die Steuerhinterziehung sanktionieren. Wer 3,8 Millionen in Wertpapieren besitzt, wird behandelt, als ob er 100 000 Papiermark besäße. (Hört, hört!) Wälder im Wert von 600 Millionen werden mit einer Million eingeschätzt. Auf der anderen Seite ist der Anteil der Lohnsteuer, die von Arbeitern und Angestellten bezahlt wird, an der gesamten Einkommensteuer von 57 Proz. im August auf 76 Proz. im November gestiegen. Arbeiter und Angestellte werden vorbelastet, die anderen werden entlastet. Um zur Gesundung zu gelangen, bedarf es tiefer Eingriffe, vor allem der Beseitigung des Reichs an den privaten Wirtschaftsunternehmungen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Offene Aussprache über begangene Fehler im Ruhrrevier ist notwendig angesichts der französischen Propaganda im neubefreiten Gebiet.

Von dieser Propaganda legt eine französische Instruktion Zeugnis ab, die der Redner unter heftiger Spannung verliest.

Darin wird gesagt, es sei notwendig, bei den Arbeitern eine Propaganda zu entfalten, um die französische Aktion zu rechtfertigen. Dazu sollten namentlich die Offiziere jede Gelegenheit ausnützen. Es werden dann die verschiedenen Gewerkschaftsverbände aufgezählt, mit deren Sekretären man in Fühlung zu kommen versuchen müsse. Dabei sei zu sagen, daß sich die deutsche Regierung systematisch im Interesse der Schwerindustrie ihrer Verpflichtungen entzogen habe, während Deutschland seine ökonomische Lage aufbesserte. Auf die großen Gewinne der Industrie sei hinzuweisen, ebenso auf den Sturz der Mark, unter dem die Arbeiter litten. Frankreich habe das Ruhrrevier zum Pfand genommen, es beabsichtige, sich dort an die Stelle der deutschen Regierung zu setzen, um den Geschandel ins Gleichgewicht zu bringen. Die deutsche Arbeiterklasse müsse verstehen, daß ihre Interessen dieselben seien wie jene Frankreichs. (Geschäfter bei den Soz.) Das demokratische und republikanische Frankreich wolle nicht den Arbeiter ausnützen, sondern ihn leben lassen bei Wöhnen, die besser in Einklang ständen mit der erzeugten Arbeit. Frankreich werde die für seine Reparationen nötigen Summen den Großkapitalisten, den Ausbeutern der Arbeiter, auferlegen.

Der Redner fährt fort: Was dort im Ruhrgebiet versucht wird, ist Banernung. Was bei uns in Ordnung zu bringen ist, bringen wir selbst fertig, das mögen sich die Franzosen gesagt sein lassen. (Stürmischer Beifall.) Wir hätten am richtig aufgehauten Begriff der Erfüllungspolitik fest. Dieser Entschluß wird auch durch den Vertragsbruch nicht beeinträchtigt. Ueber Gewalt und Ubergewalt stellen wir das Recht. Wir lehnen ein Zusammengehen mit denen ab, die aus dem französischen Rechtsbruch unsere Freiheit von jeder Belastung ableiten wollen. Man hätte sich, in die Propagandafehler der Kriegszeit zu verfallen, man unterscheide zwischen dem heutigen offiziellen annexionsistischen Frankreich und den obdachlosen Flüchtlingen der zerstörten Gebiete!

#### Die Sozialdemokratie als die Partei der deutschen Arbeiter steht geschlossen hinter den Ruhrarbeitern.

die den Kampf für die deutsche Republik führen gegen jede Vergewaltigung des Volkes und des Friedens. Der Kampf der Ruhrarbeiter ist unser aller Kampf. Sie sollen Art und Mittel des Kampfes bestimmen, wir stehen neben ihnen in diesem Krieg im Frieden, an dem, dies sei vor aller Welt festgestellt, die Regierung Poincarés die ausschließliche Schuld trägt. Frankreich hat nicht nur den Friedensvertrag gebrochen, sondern auch gegen das Gesetz gehandelt, daß Wirtschaftstragen nicht durch Gewalt zu lösen sind.

Die wichtigste Frage ist, wie machen wir Arbeiter und Unternehmern, die dem Reich treu geblieben sind, wieder frei? Da hilft nur die Zusicherung, daß wir noch immer gewillt sind, zu leisten, was wir leisten können, so sehr auch jede Stunde der Ruhrbesetzung unsere Leistungsfähigkeit verringert. Verhandlungsmöglichkeiten mit den Unterzeichnern des Versailles Vertrags über eine wahre Lösung der Reparationsfrage wollen wir nicht veräumen. Die Ruhrbesetzung ist Krieg mit Toten, Verwundeten, Standrecht, Vergewaltigung, Barbarei und Zusammenbruch. Die Signatarmächte genießen den heroischen Widerstand der friedlichen Bevölkerung bisher nur als Schauspiel. Ich richte an sie vor aller Welt die Frage, ob sie in dieser wenig rühmlichen Haltung verharren wollen, wenn Frankreich daran geht, durch

#### Ziehung einer neuen Zollgrenze

Europa politisch und wirtschaftlich neu aufzuteilen. Was hier geplant wird, dagegen ist, was in Oberschlesien geschah, nur ein Kinderpiel. (Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause.) Ich frage die Signatarmächte, ob da nicht der Punkt erreicht ist, an dem es heißen muß: Hände weg! Wollen Sie aber die Sympathie des Auslandes gewinnen, dann seien Sie sich darüber klar, es genügt, Leute wie Ludendorff und Helfferich in Erscheinung treten zu lassen, um alles wieder zu verderben. (Lebhafte Zustimmung links.)

Der deutsche Faschismus ist eine Lebensgefahr für die Reichseinheit.

die auf der Demokratie beruht. Aus der Demokratie ist die moderne nationale Bewegung geboren. Die von nationalistischen Seite betriebene Zerklüftung ist niederträchtiger Verrat an der nationalen Sache. (Lebhafte Beifall.) Es ist ein gefährlicher Zustand, daß zwischen bestimmten Kreisen der Reichsmehrheit und den Nationalsozialistischen Verbindungen bestehen, wodurch Waffen verschoben werden konnten. (Bewegung.) Das alte Offizierskorps ist zum großen Teil noch immer Feind der Republik, von der es 50 Milliarden Mark Pensionen bezieht. Herr Ludendorff für sich allein 2 1/2 Milliarden. Wann kommt das Pensionsrückzahlungsgeheiß? In der Reichswehr sind vom 1. Januar 1921 bis 31. März 1922 132 Selbstmorde und 51 Selbstmordversuche vorgekommen. (Lebhafte Bewegung.) Die Rot des arbeitenden Volkes nimmt zu, die Teuerung steigt. Der Reichstagler verspricht Abwehr; aber der Reichswirtschaftsminister betrachtet die Teuerung als zwanagsfüßig. Ein gefährlicher Fatalismus! Es muß auf gesichtlichen Wege rücksichtslos eingeschritten werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Erwerbsunfähige Sozialrentner, geistige Arbeiter haben oft nicht mehr Geld für Brot. Der Reallohn ist gesunken. Im Juni 1914 war der Wochenlohn eines besitzbesitzenden Berliner Metallarbeiters soviel wert wie 60 Pfund Mergarine, jetzt nur etwa 6 1/2 Pfund. Der deutsche Arbeiter ist jetzt der Paria der Welt. Wie für die Arbeiter besseren Lohn, fordern wir für die Beamten, vor allem für die unteren, bessere Gehälter und Wiedereinführung des sogenannten Kopfschuloses, der gegen unseren Widerspruch befreit wurde. Der Reichstag hat in einer Entscheidung Uebertragung der Personalrekrutierung an zwerfliche Republikaner geordert. Was ist in dieser Beziehung geschehen? Und wo bleiben die Amnestien aus dem Eisenbahnerstreik des vorigen Jahres? Was haben wir von der bevorstehenden

#### Beratung des Arbeitszeitgesetzes

zu erwarten? Einer Durchsicherung des Achtstundentages, so daß nur noch das Prinzip bestehen bleibt, während der Achtstundentag praktisch aufgehoben ist, werden wir uns aufs äußerste widersetzen. Sogar der Friedensvertrag von Versailles gibt uns ein Recht auf den Achtstundentag. Statt diese Grenze der deutschen Leistungen zu verteidigen, sind die Vertreter der Industrie bereit, sie aufzuheben. Sie wagen damit etwas, was selbst die Väter des Versailles Friedens nicht gewagt haben. Die Notwendigkeit der Produktionssteigerung wird bestritten wir nicht. In ihr ist auch die Arbeiterklasse interessiert, und ihre verantwortlichen Führer haben stets auf dieses Ziel hingewirkt. Aber das höchste Wirtschaftsgut, die Arbeitkraft, muß gesichert werden. Kampf für den Achtstundentag ist mehr als ein Kampf für die Interessen der Arbeiter. Es geht um die Erhaltung der deutschen Volkswirtschaft. In diesem Sinne führen wir den Kampf für politische und wirtschaftliche Demokratie, für den Sozialismus, um aus dieser deutschen Republik ein wahres Vaterland für alle zu schaffen, und wir wissen, daß wir damit zugleich kämpfen für die Selbsterhaltung der deutschen Nation. Und in diesem Sinne grüßen wir auch in dieser Stunde unsere kämpfenden Kameraden am Rhein und an der Ruhr. Ihnen gilt unser erster und heißer Gedanke, und mit ihnen werden wir zusammenstehen, allen Stimmen der Gegenwart zum Trotz. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Erklärung der Bürgerlichen.

Abg. Koch-Besler (Dem.): Im Namen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei bekräftige ich mich auf eine kurze Erklärung. Zu den Einzelheiten des Etats heute Stellung zu nehmen, ist zwecklos. An der finanziellen Gesundung des Staates zu arbeiten, ist im Augenblick unmöglich, wo ihm die Flanke durch einen rechtswidrigen Ueberfall zerstört ist. Noch mehr ist Zurückhaltung in inneren Streitfragen geboten (sehr wahr!), weil mehr denn je die Notwendigkeit innerer Geschlossenheit besteht. In der auswärtigen Politik ist es wichtiger, einmütig zu handeln, als zu reden. Hier ist die Regierung berufen, zu führen (sehr wahr!), aber niemand sonst! (Sehr wahr!) Die Haltung der Regierung in der auswärtigen Politik hat unsere Billigung. (Beifall.) Allein in der Kraft und in der Eintracht des deutschen Volkes liegt seine Hoffnung. (Lebhafte Beifall.)

Nach 15 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr.

#### Ausbreitungen in München.

München, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) An den Empfang des von den Franzosen aus der Pfalz ausgelesenen Regierungspräsidenten Chingensperg schlossen sich Ausschreitungen gegen das am Bahnhof gelegene Hotel Grünwald, in dem angeblich die im Hotel „Der Jahreszeiten“ vom Personal boyottierten Mitglieder der Entente-Kommission Aufnahme gefunden hatten. Die aus acht Mann bestehende Polizeimache wurde über den Haufen gerannt. Die Demonstration erzwang eine Durchsicherung des Hotels durch eine Abordnung. Währenddessen drang die Menge in das Gebäude ein. Mehrere Schaufenstergehäusen der Partieräume wurden zertrümmert und eine Anzahl Einrichtungsgegenstände zerstört. Im Hotel Grünwald sind auf Veranlassung der Reichsregierung für die Unterbrechung der Entente-Kommission mehrere Wohnräume bereitgestellt. Das Personal hatte bereits vor mehreren Tagen die Bedienung verweigert. Auch in einem Café in der Nähe des Bahnhofes wurden Schaufenster eingedrückt, da sich dort angeblich einige Franzosen unliebsam bemerkbar gemacht haben sollten. Mehrere Personen wurden verhaftet bzw. festgehalten. Die Untersuchung wegen Landfriedensbruches ist im Gange. Offiziell wird dazu bekanntgegeben, daß die Entente-Kommissionen wie Gesandtschaften zu respektieren sind; die Regierung sei entschlossen, sie mit allen Mitteln zu schützen, allerdings sei sie nicht in der Lage, das Hotelpersonal zur Bedienung der Angehörigen der Kommissionen zu zwingen.

Ein sozialdemokratisches Versammlungsplakat gegen das Treiben der Nationalisten ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

#### Abenteurerfahrten.

#### Sie wollen in die Reichswehr.

Auf dem Lehrter Bahnhof trafen gestern Abend mit einem Zuge aus Münster-Osnabrück 850 junge Leute, angeblich Bergarbeiter, aus dem Ruhrgebiet ein, die vorgaben, ihre Arbeitsstätte verlassen zu haben, um in die Reichswehr einzutreten. Die jungen Leute wurden von dem roten Kreuz ernährt und stehen unter polizeilicher Aufsicht. Da auch anderwärts, wie z. B. in Münster, sich derartige Trupps bemerkbar gemacht haben und da sie die Fahrten nach ihren Angaben aus eigener Tasche bezahlt haben, muß man annehmen, daß es sich um einen großen Unfug irgendeiner unerantworflichen Stelle handelt. Die Reichswehr darf bekanntlich außerordentliche Einstellungen nicht vornehmen. Die jungen Leute vergeuden aber mit derartigen Abenteurerfahrten unnütz Kraft und Zeit und setzen sich der Gefahr aus, arbeitslos zu werden. Man darf erwarten, daß die Regierung der Duelle dieser nationalistischen Phantasterei nachgeht und sie unterbindet.

## Kundgebungen in Düsseldorf.

Das Militär schreitet ein.

Düsseldorf, 25. Januar. (WZB.) Anlässlich des zweitägigen Profeststreiks der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten ruhte zwischen 5 und 7 Uhr der gesamte Orts- und Fernsprechverkehr. In den späten Nachmittagsstunden kam es hier in den Hauptstraßen zu gewaltigen Ansammlungen. Ueber die Königsallee bewegte sich ein unabsehbarer Zug unter dem Gesang vaterländischer Lieder. Vor dem Breitenbacher Hof versuchte eine französische Infanterie und Kavallerie den Zug auseinanderzutreiben, der Zug formierte sich aber immer wieder von neuem. Es wurden von französischer Seite mehrere blinde Schüsse abgegeben, und die Kavallerie ging mit blanker Waffe vor, Verletzungen sind aber bisher nicht gemeldet worden. Die Ansammlungen dauerten in der zehnten Abendstunde noch an.

### Nachts auf der Landstraße ausgeföhrt!

Darmstadt, 25. Januar. (WZB.) Geheimrat Raffeyen und Dr. Schullius erzählten einem Redakteur der „Heftigen Landeszeitung“: Beim Verlassen des Justizgebäudes wurden sie von fünf französischen Soldaten festgenommen und in ein Auto gebracht. Nach 1 1/2 stündiger Fahrt wurden sie nachts auf der Chaussee an einer Stelle, an der sich ein französisches Wachhaus befand, ausgeföhrt. Ihre Koffer wurden hinter ihnen hergeworfen. Das Auto fuhr dann zurück. Die Herren wussten nicht, wo sie sich befanden. Wohnhäuser waren nicht in der Nähe. Ein zufällig des Weges kommendes Auto aus Mainz brachte dann beide, die, wie sich herausstellte, zwischen Griesheim und Darmstadt ausgeföhrt worden waren, nach Darmstadt.

### Roheiten der Soldateska.

In Böhmen hat der französische Leutnant Bonneau den Oberleutnantenkreuzer Trudel, der ihm in ruhiger Weise eine Beschwerde über ungebührliches Verhalten der französischen Mannschaften vorbrachte, tödlich angegriffen, indem er ihn am Kopf faßte, durch den ganzen Saal stieß und ihn schließlich gegen die Ausgangstür warf.

In Kirchende bei Hagen wurde ein Arbeiter von französischen Soldaten angehalten und zum Helm gehen aufgefordert. Die Soldaten folgten ihm und gaben, als er auf Anruf nicht stehen blieb, zwei Schüsse auf ihn ab. Der Arbeiter erlitt einen Beckenschuß.

### Die Requisitionen.

Düsseldorf, 25. Januar. (Eig. Drahtber.) Zwischen dem Regierungspräsidenten und einem Vertreter des Landwirtschaftsministeriums haben heute Verhandlungen über eine Requisition für die Landwirtschaft stattgefunden, die durch Beschlagnahme von Futtermitteln ohne Meie, Stroh und Heu sind. Eine Requisition ist schon zur Aufrechterhaltung der Milchviehzucht notwendig. Es sollen Meie, Heu und Stroh an der Grenze des besetzten Gebietes aufgespeichert werden. Falls die Franzosen bindend erlauben, daß sie in Zukunft die Beschlagnahme von Futtermitteln unterlassen werden, wird beabsichtigt, auch an bestimmten Stellen des besetzten Gebietes derartige Lager zu errichten.

### Abschlagung ganzer Behörden im Rheinland.

Speyer, 25. Januar. (WZB.) Sämtliche Beamte der Regierungsforstkammer der Rheinprovinz sind von der Besatzungsbehörde wegen Verweigerung des Vollzugs der Rheinlandordnung 134 und 135 ihres Dienstes entsetzt worden. Vier höhere Beamte sind in militärischen Gewahrsam genommen, vier weitere Referenten und Leiter der Forstbuchhaltung angewiesen worden, sich zur vorläufigen Verfügung der Besatzungsbehörde zu halten.

Um den Widerstand der Beamten zu brechen, deren Verhaftungen und brutalen Abschlägen wir längst nicht mehr alle verzeichnen können, droht man jetzt ihren Frauen mit Ausweisung und daß dann nur 15 Kilogramm Gepäck mitgenommen werden dürfen. Der Möbelwagen einer verjagten Beamtenfamilie wird tatsächlich zurückgehalten, weil — die Akten darin sein sollen. Dem Oberbürgermeister von Duisburg, der vergebens Freilassung des Stadtfürstmeisters verlangte, kündigte der belgische General die Ausweisung an, wenn er die Befehle (auf Auslieferung des Stadtwaldes z. B.) nicht befolge.

Da die Franzosen alle höheren Beamten der Bezirksregierung und den Oberbürgermeister in Trier verhaftet und ausgewiesen haben, sind alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten und die Beamten der Behörden des Regierungsbezirks Trier in einen vollständigen Profeststreik eingetreten.

Die Reichsregierung hat abermals gegen die Verhaftungen usw. in Paris einen Protest überreichen lassen.

### Knechtung der Presse.

Frankfurt a. M., 25. Januar. (WZB.) Der „Frankfurter Ztg.“ zufolge liehen einzelne Delegierte in der französischen und belgischen besetzten Zone der Presse ihres Bezirks Mitteilung zugeben, die der völligen Beseitigung der an sich schon geringen Pressefreiheit im besetzten Gebiet gleichkommt. Ferner ist den Zeitungen besöhnt worden, auf der ersten Seite eine Notiz zu veröffentlichen, worin sie behaupten sollen, daß die Schwierigkeiten des Geldumlaufs und der Rohstofflieferung des besetzten Gebietes auf die anarchistische Haltung der deutschen Behörden und Beamten zurückzuführen seien.

In Saarbrücken wurden sozialdemokratische Versammlungen verboten. In Elsaß-Lothringen dürfen neben einigen großen deutschen Zeitungen auch die Baseler Blätter nicht verkauft und zugestellt werden.

### „Der Hunger wird Euch zwingen!“

Essen, 25. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Generalinspekteur Coste verlangte am Dienstag von der Eisenbahndirektion die Bereitstellung eines Salonwagens für eine Fahrt nach Düsseldorf. Die Eisenbahner lehnten das strikte ab. Mit ihnen erklärten sich die Weichensteller solidarisch. Sie lehnten es ab, selbst wenn der Wagen unter dem Zwange der Bajonette genommen würde, seinen Transport zu ermöglichen. Der Beauftragte des Herrn Coste erklärte daraufhin: „Streiken Sie doch — der Hunger wird Sie schon zur Arbeit zwingen!“ Herr Coste mußte schließlich wie ein gewöhnlicher Mensch nach Düsseldorf fahren.

### Die Versorgung des Ruhrgebiets.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen Landwirtschaft und dem Ernährungsministerium über die Organisation der Versorgung des Ruhrgebietes mit Lebensmitteln haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Einsammlung der Gaben durch die landwirtschaftlichen Organisationen unter Führung der öffentlich-rechtlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen stattfindet. Für die Anfuhr der Lebensmittel ist vom Verkehrsministerium Befreiung von der Fracht gewährt worden, sofern die absendenden Stellen einen amtlichen Charakter tragen. Die Verteilung regelt die Landwirtschaftskammer Westfalen, Zweigstelle Minden, unter Mitwirkung der Vertreter aller notleidenden Bezirke unter Leitung des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf.

# Ein Stundenlohn für die Ruhrhilfe!

Die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder erlassen folgenden Aufruf:

## Deutsche Volksgenossen!

Im Frieden, entgegen geschlossenen Verträgen, hat der französische Imperialismus das Ruhrgebiet, freies deutsches Land, mit militärischer Macht vergewaltigt. Im Rheinland hat er die Schranken durchbrochen, die die Verträge der Befähigungsmacht auferlegten. Darüber hinaus bedroht er das ganze deutsche Land mit wirtschaftlicher Not und Leuerung. Frieden und Recht sind gebrochen. Gewalt und Unrecht sind unserem Volk angetan, das unter schwerster Last seiner Arbeit nachgehen wollte.

In zäher Abwehr steht die Bevölkerung der vergewaltigten Gebiete wie ein Mann. Gedeih und Verderb ihrer Wirtschaft, Leben und Freiheit sehen Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Beamte im Kampfe für das Recht ein.

Neue schwere Not entsteht, schwerer wohl, als wir sie jemals trugen! Not im vergewaltigten Gebiete, Not im allbesetzten Land am Rhein. Not in ganz Deutschland!

Der Staat wird helfen, wo er kann. Aber zur Staatshilfe muß eine andere Hilfe kommen, freier, beweglicher, die

## Hilfe des Volkes am Volke!

Schon haben sich Herzen und Hände aufgeschlossen, um Leid und Last zu lindern, den Widerstand für deutsches Recht zu stärken und der Welt die Kraft Deutschlands und den Glauben an sein Recht kund zu tun.

Was Deutschland erneut auferlegt wird, verlangt ein großes gemeinsames Volksoffer! Große wirtschaftliche Verbände gehen daran, den Hilfsgedanken in ihren Kreisen zur Tat werden zu lassen.

Niemand wird zurückziehen dürfen, kein Land, kein Alter, kein Stand, kein Geschlecht. Wir wenden uns darum an alle Volksgenossen mit dem Aufruf:

Empfindet die kommende Not als gemeinsame deutsche Not! Wehrt sie ab, lindert sie! Entsetzt Dargus und Ueppigkeit, um dem Nächsten zu helfen! Gebt aus Ueberfluß wie aus bescheidenen Verhältnissen, was geleistet werden kann! Es geht um Deutschlands Dasein und Zukunft, um Recht und Freiheit des Volkes.

Gebt deshalb zum

## Deutschen Volksoffer!

Die aufgetragenen Mittel werden von einem Vertrauensauschuß verwaltet und verwendet, der unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammentritt.

Berlin, den 24. Januar 1923.

Ebert, Reichspräsident.

Für die Reichsregierung: Reichskanzler Dr. Cuno.

Die Regierungen der deutschen Länder.

Spenden für das Deutsche Volksoffer werden vom Reichsarbeitsministerium, Berlin NW. 40, Scharnhorststr. 35, der Reichskanzlei, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 77, und von allen Banken und Postanstalten entgegengenommen. Ferner sind unter dem Namen Deutsches Volksoffer folgende Postkonten eröffnet:

Berlin 145 400, Breslau 71 800, Dortmund 18 000, Dresden 22 200, Erfurt 26 100, Essen 31 200, Frankfurt (Main) 37 100, Hamburg 49 500, Hannover 58 000, Karlsruhe (Baden) 6500, Köln 8000, Königsberg 18 700, Leipzig 42 500, Ludwigshafen (Rhein) 17 500, Radeburg 13 000, München 48 300, Nürnberg 38 000, Stettin 17 000, Stuttgart 33 500.

Die Geschäftsstelle des Deutschen Volksoffers befindet sich Berlin NW. 40, Scharnhorststr. 35.

Wir erhalten folgenden Aufruf, den neben zahlreichen Unternehmerverbänden u. a. auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund unterzeichnet haben:

Mitten im Frieden haben französische und belgische Truppen deutsches Land besetzt unter Vorwänden, die niemand in der Welt über die wahre Absicht täuschen. Mitten im Frieden haben sie Belagerungs- und Kriegsverbrechen über deutsches Gebiet verhängt. Sie haben Beamte, weil sie geschworene Pflicht treu dem Staate hielten, ihres Amtes entsetzt und verhaftet und aus der Heimat verwiesen, Unternehmer, die sich unrechtmäßiger Gewalt nicht beugen wollten, ins Gefängnis geworfen und vor ein französisches Kriegsgericht gestellt, direkte Eingriffe in das Privateigentum vorgenommen, den Willen der freien Arbeiterschaft in den Dienst des französischen Imperialismus zu zwingen versucht.

Alle diese Verbrechen sind gescheitert am geraden und festen Willen aller Schichten der Bevölkerung, die in Treue zu Reich und Volk halten.

Alle Deutschen sind mit der Reichsregierung in dem Entschluß einig, weiter für Frieden und Freiheit mit den Waffen des Rechts zu streiten.

In diesem Kampfe muß unsere Sache siegen. Aber bis sich das Recht durchsetzt, werden von unserem schwergeprüften Volk noch

## Amerikas Haltung.

Paris, 25. Januar. (WZB.) „New York Herald“ berichtet aus Washington, Kriegssekretär Weeks habe anlässlich der Zurückberufung der den französischen und belgischen Truppen attachierten amerikanischen Offiziere erklärt, wenn auch die Vereinigten Staaten vielleicht an den Truppenbewegungen interessiert seien, so erfordere doch die Lage die Beseitigung jedes Zeichens von Anerkennung von Seiten der Vereinigten Staaten und Unterlassung jeder Geste, die als Unterstützung des Vorrückens ausgelegt werden könnte. Indessen würden die aus dem Ruhrgebiet zurückgezogenen Offiziere nicht mit den amerikanischen Besatzungstruppen nach den Vereinigten Staaten zurückgehen, sondern noch einige Zeit in Europa bleiben.

## Ein enalisches Urteil.

Essen, 25. Januar. (Eig. Drahtber.) Der Sonderkorrespondent des „Manchester Guardian“ in Essen hat heute seinem Blatt nach London folgendes geschrieben:

„Der erste Kampf um die Herrschaft des großen Industriegebietes ist von den Franzosen verloren worden. Es besteht kein Zweifel über die Vollständigkeit des deutschen Sieges. Jeder Versuch, den die Franzosen gemacht haben, um die Betriebe zu erfassen, hat versagt. Nicht nur haben die Franzosen nichts erreicht, sondern sie haben die Reparationslieferungen von 14 Tagen verloren, indem sie die Deutschen durch ihre Erfolge

weltweite Opfer gefordert. Schwere Not kann hierbei entstehen, sowohl an der Ruhr und im allbesetzten Gebiet, wie auch darüber hinaus im ganzen Reiche.

Wir wenden uns an die deutsche Wirtschaft mit dem Aufruf, diese Not als eine gemeinsame anzunehmen, abzuwehren und zu überwinden, mit dem Aufruf, zu ihrer Linderung die Herzen und die Hände zu öffnen, mit dem Aufruf, auch aus largem Unterhalt zu geben, was möglich ist. Wer viel hat, schadet viel. Aber es gibt keinen, der nicht auch an seinem Teil Schuldner ist.

Wirtschaftliche Not wollen wir lindern und durch solche Tat unser Volk in sich stark machen, dem Ausland aber zeigen, daß das deutsche Volk für Recht und Freiheit mit allen Kräften sich einzusetzen bereit ist.

Wir fordern daher Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, sofort für diese Zwecke Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Zahlungen nehmen entgegen die Reichsbank und ihre Nebenstellen, sämtliche Banken und Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften unter der Bezeichnung

## „Ruhrhilfe“

(Abwehr des Einfalls ins Ruhrgebiet)

Von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie vorangehend Opfer bringen in Höhe der vierfachen von ihren Angestellten und Arbeitern bereitgestellten Beträge. Unternehmer, die eine im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung geringe Zahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, werden gebeten, ihren Beitrag entsprechend zu erhöhen. Arbeiter, Angestellte und Beamte wollen ihrerseits

zunächst den Verdienst einer Arbeitsstunde

opfern. Um die Mittel schnell und reibungslos bereitzustellen, wird empfohlen, entsprechenden Abzügen bei Lohn- und Gehaltszahlungen zuzustimmen. Die Vereinbarungen sind zweckmäßig unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Vertreter der Arbeitnehmer zu treffen.

Die Arbeitgeber werden den Betrag des gemeinschaftlichen Opfers den obengenannten Annahmestellen überweisen.

Die Verwaltung und Verwendung der Mittel liegt in den Händen eines Verwaltungsausschusses, der von den unterzeichneten Verbänden paritätisch zusammengesetzt worden ist.

Ueber die Annahme von Spenden, von Lebensmitteln ergeben durch die landwirtschaftlichen Organisationen besondere Aufrufe.

## An die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins!

Die gemeinsame Plenarversammlung der beiden unterzeichneten Spitzenverbände hat am 24. Januar beschlossen, die Arbeitsbrüder im Ruhrgebiet nicht nur ideal, sondern vor allem auch materiell zu unterstützen. Abgelehnt wurde, diese Hilfsaktion gemeinsam mit den Unternehmern durchzuführen.

Sammellisten werden in den nächsten Tagen durch die Einzelverbände verteilt werden.

Zeichnet nur auf unsere Listen! Lehnt die Beteiligung an jeder anderen Sammlung und jeden Lohnabzug ab!

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

UFA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

## Keine Preistreiberei!

Ferner werden wir ersucht, folgenden Aufruf zu veröffentlichen, der uns mit zahlreichen Unterschriften von Arbeiter- und Unternehmerverbänden, darunter denen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Reipart, Großmann) und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (Falkenberg, Haendler, Kojur, Dr. Böller) zugeht:

Die Folgen des Rechtsbruchs an der Ruhr haben sich in einer weiteren starken Entwertung des Geldes ausgedrückt. Diese Entwertung entspricht nicht der tatsächlichen Wirtschaftslage Deutschlands. Infolgedessen besteht kein Anlaß, der Entwertung des Dollarkurses in der Preisentwicklung in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe überhafter nach- oder gar vorauszuweichen. Diese Zurückhaltung verlangen wir von allen beteiligten Kreisen mit größtem Nachdruck. Anzustreben ist vielmehr, die Preisentwicklung trotz der ungünstigen Gestaltung der Währungsstärke mit allen Mitteln auch unter Opfern in erträglichen Grenzen zu halten. Inwieweit den Preissteigerungen eine entsprechende Festsetzung der Löhne und Gehälter folgen muß, sollen die Verhandlungen darüber von der Arbeitgeberchaft mit dem Willen zum Entgegenkommen bis zur äußersten Grenze des Möglichen, von den Arbeitnehmern in Anerkennung der Schwierigkeiten geführt werden, die sich aus der Gesamtlage Deutschlands auch für dessen Wirtschaft ergeben haben oder noch ergeben werden. Von beiden Seiten wird verlangt, daß mit Rücksicht auf die Gesamtlage alle Verhandlungen vom Geiste der Verantwortung und vom vorbehaltlosen Willen zur schnellen Verständigung getragen werden.

zuverlässig gestimmt, die jetzt in der Kunst des passiven Widerstandes geübt, entschlossener sind als je zuvor. Anscheinend lassen die Franzosen von ihrer bisherigen Praxis ab und wollen jetzt eine Zollgrenze um das besetzte Gebiet ziehen.“

Paris, 25. Januar. (Eig.) Wie den französischen Blättern aus London gemeldet wird, herrscht in der City immer größere Erregung über die Politik Poincarés. Insbesondere fürchtet man den Ausbruch weiterer Unruhen im Ruhrgebiet und in dem übrigen Deutschland, wodurch eine schwere Erschütterung des gesamten europäischen Wirtschaftsapparates hervorgerufen würde.

## Protest der spanischen Sozialisten.

Madrid, 25. Januar. (Eig.) Die spanische sozialistische Partei hat an Millerand einen Protest gegen die Ruhrbesetzung übermitteln, die eine schwere Gefahr in sich birgt und einen neuen Krieg heraufbeschwären droht. Außerdem sei die Besetzung des Ruhrgebietes den bestehenden Verträgen zuwiderlaufend. Es wird vorgeschlagen, die Angelegenheit dem Schiedsgericht des Völkerbundes zu unterbreiten.

Zur Lösung der Memelfrage hat die Botshafterkonferenz eine Kommission nach Memel geschickt.

Der dänische Reichstagsabgeordnete Genosse J. Nielsen, der im vergangenen Sommer als Sommergast in Bad Schandau weilte, hat als Leiter der dänischen Hilfsaktion in Schandau eine Million Mark für die Notleidenden gestiftet.

# Gewerkschaftsbewegung

## „Sozialverräter“!

Das war noch das anständigste Kompliment, das sich die Gewerkschaftsfunktionäre von den nach der Revolution so plötzlich „radikal“ gewordenen Volkstribunen bei jeder Gelegenheit ins Gesicht scheudern lassen mußten; von all den dunklen Existenzen, die sich damals hervorwagten und von denen niemand wußte, woher sie kamen. Hinterher erfährt man allmählich von einem nach dem anderen, wo sie geblieben sind. Der „Bergarbeiter-Zeitung“ wurde jetzt aus Wilhelmshaven-Nüßlingen geschrieben:

Am Vorstand des hiesigen, in der Revolutionszeit gebildeten 21er Rates wurden Sitzungsprotokolle, Akten, Belege usw. gesammelt. Als im Februar 1919 das Militär einrückte und die Räume des Arbeiter- und Soldatenrats besetzte, verschwanden gleichzeitig mit der Besetzung alle Unterlagen und Belege über die Tätigkeit dieser Körperschaft. Alle Bemühungen, festzustellen, wer diese beseitigt oder an sich genommen hat, blieben erfolglos. Jetzt, nach fast vier Jahren, stellt sich heraus, daß der kommunistische Unionistenführer Bartels diese Dokumente an sich genommen hatte, um sie jetzt an das hiesige Organ der Deutschen Volkspartei, „Wilhelmshavener Tageblatt“, zu verkaufen! Auch einem anderen bürgerlichen Organ wurden diese Dokumente — auch solche mit den internsten Angelegenheiten — zum Kauf angeboten, doch lehnte dieses Blatt das unsaubere Angebot aus ganz naheliegenden Gründen ab.

Aus diesen Handlungen ergibt sich folgende Frage: Wann und an wen wird wohl der jetzige „Führer der Arbeiterschaft“ seine in Gefesseltischen und an anderen Orten gemachten Erfahrungen verkaufen? Man braucht kein Prophet zu sein, um diese Frage zu beantworten. Hier kann doch immer nur der Reichsinteressenverteiler, welcher zugleich der Weisheitsdientende ist, in Frage kommen, und das sind die Schwerindustriellen Kreise.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ stellt fest, daß dieser Bartels in zwischen aus der Geschäftsleitung der Union ausgeschlossen worden ist. Der Verband hat mit dem Herrn eine Privatklage zu führen, in der die verschwundenen Akten eine Rolle spielen, da sie den Bartels belastendes Material enthalten. In dem ersten Termin wollte B. nicht wissen, wo die von ihm verkauften Akten geblieben sind. Das ihn belastende Material wird er jedoch wahrscheinlich nicht mitverkaufen haben, da es ihm ja nur darauf ankommen konnte, das Material gegen andere für Papiergeld an den Mann zu bringen.

Solche Fälle sollten die Arbeiterschaft davon bewahren, jedem Schwadronier lediglich daraufhin Vertrauen entgegenzubringen, weil er gegen die Gewerkschaftsleitung loszieht. Noch heute glaubt man vielfach in jedem den rechten Mann gefunden zu haben, der auf den Orts- und Zentralvorstand seines Verbandes am meisten schimpft und daneben auch einmal auf die Arbeitgeber.

## Verhandlungen über die Reichslöhne.

Bei den gestern im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamten stattgefundenen Verhandlungen über eine Angleichung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden und Reichsbetriebe an die Geldentwertung wurde eine Verständigung erzielt. Danach werden die bisherigen Gesamtbezüge vorbehaltlich der Genehmigung vom Reichskabinett, Reichsrat und Reichstag für die zweite Januarhälfte um rund 25 Proz. erhöht.

## Weitere Lohnregelungen im Bergbau.

Im Reichsarbeitsministerium wurden gestern für die Stein- und Braunkohlenbezirke die Lohnerehöhungen für Februar vereinbart, was für die rheinisch-westfälischen Bezirke bekanntlich bereits geschehen ist. In dem ausgegebenen Bericht über die gestrigen Verhandlungen heißt es:

„Am Hinblick auf die durch die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes geschaffene Lage waren die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den übrigen Steinkohlenbezirken darin einig, daß der im Ruhrkohlenbergbau entstandene Förderausfall durch Ueberarbeit in den anderen Steinkohlenbezirken nach Möglichkeit gemildert werden muß. Ueberarbeitsabkommen sind in der Verhandlung am Donnerstag von den Parteien in den Grundzügen festgelegt worden und werden in den nächsten Tagen den Bezugschaften zur Zustimmung vorgelegt werden. Es ist zu erwarten, daß in den Revieren am 1. Februar die Ueberarbeit aufgenommen werden wird.“

Für Sachsen beträgt die Lohnerehöhung 2760 M. — durchschnittliche Lohnerehöhung je Mann und Schicht —, für Niederschlesien 2740, für Oberschlesien 2900 M., für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier 2670 M. für das Kerngebiet und 90 Proz. hiervon für das Randrevier. In diesen Zahlen ist eine Erhöhung des Hausstands- und Kindergeldes einbezogen.

## Lehrergewerkschaft im Allgem. deutschen Beamtenbund.

Nachdem Ende 1922 der Zusammenschluß der Spitzen der Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands und der Gewerkschaft Deutscher Volkstlehrer und Volkstlehrerinnen erfolgt war, wurde am 5. Januar 1923 auch der Zusammenschluß der beiden Berliner Ortsgruppen vollzogen.

Am 20. Januar 1923 war im Gewerkschaftshaus die erste gemeinsame Tagung der nun im A.D.B. zusammengeschlossenen beiden Gewerkschaften. Nach längerer Aussprache wurde beschloffen, einen Vorstand, bestehend aus 9 Mitgliedern, zu wählen, und zwar im Verhältnis 6 Kollegen von der Freien Lehrergewerkschaft Deutschlands und 3 Kollegen von der Gewerkschaft Deutscher Volkstlehrer und Volkstlehrerinnen.

Von dem vorbereitenden Ausschuss war ein Verhältnis 5 : 4 festgesetzt. Ein Kollege von der F.L.G. wollte das Mitgliedsverhältnis zugrunde legen, dann hätte die F.L.G. in Berlin 8 Sitze und die G.D.V. nur einen Sitz bekommen. Vom Kollegen W. B. H. (Vorstand des A.D.B.) wurde vorgeschlagen, nicht so sehr auf Zahlen herumzureiten, um in anderen Provinzen nicht mit derselben Waffe geschlagen zu werden. Daraufhin kam das Verhältnis 6 : 3 zustande, nachdem der Vorsitzende der G.D.V., Kollege J. A. D., versprochen hatte, dafür einzutreten, daß die F.L.G. überall da, wo sie sich in der Minderheit befindet, bestimmt berücksichtigt wird.

Einstimmig wurden gewählt die Kollegen: Schwahn, Hübner, Agath, Staubesand, Wolff, Weigelt (bisher F.L.G.), Schred, Klump und Brute (bisher G.D.V.). Als 1. Vorsitzender wurde Kollege

Hübner, als Geschäftsführer Kollege Staubesand und als 1. Schriftführer Kollege Schred gewählt. Diese drei Kollegen sind zugleich Delegierte für den Erweiterten Ortsausschuss Groß-Berlin des A.D.B. Es ist für jeden freigewerkschaftlich denkenden Lehrer nun in Berlin eine Vereinigung geschaffen, wo er im Sinne der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung sich betätigen kann.

## Achtung, Kupferschmiede!

In der Generalversammlung unserer Ortsverwaltung im Dezember ist es den Kommunisten gelungen, mit etwa 8 bis 12 Stimmen Mehrheit den Vorstand unserer Ortsverwaltung bis auf zwei Posten zu besetzen. Diese Mehrheit konnte nur dadurch erzielt werden, daß ein größerer Prozentsatz unserer Kollegen, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftspolitik stehen, in dieser Versammlung gefehlt hat.

In der Mitgliederversammlung heute abend im Gewerkschaftshaus wollen nun die Kollegen der K.P.D. diesen ihren Sieg

## Achtung, Genossinnen!

# Oeffentliche Frauenversammlung

zum Gedächtnis der am 27. Januar 1922 verstorbenen Genossin

Luise Zieg

am Sonntag, den 28. d. Mts., nachmittags 3 Uhr

in der Aula der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17

Referentin: Genossin Mathilde Wurm, M. d. R.

ausnuzhen, indem sie den Angestellten unserer Ortsverwaltung, den Kollegen Fleischmann, von seinem Posten enternen wollen. Die Ortsverwaltung Berlin soll dann ganz nach kommunistischen Richtlinien geleitet werden. Die Vertrauensmännerversammlung hat fast einstimmig beschlossen, den Kollegen Fleischmann für die nächste Wahlperiode wieder zu wählen. Wenn dieser Beschluß in der Mitgliederversammlung bestätigt werden soll, ist es notwendig, daß ein jeder Kollege, der auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftspolitik steht, in dieser Versammlung anwesend ist.

Darum, Kollegen, nuzhe jeder sein Stimmrecht aus und wahre dadurch seine eigenen Interessen! Der Fraktionsvorstand.

## Auch ein Geld!

Aus den Kreisen der Berliner Metallarbeiter wird uns geschrieben:

„Otto Bergau! Wer kennt nicht den großen Strategen des 15er Ausschusses, der vom Reichsbetriebsräte-Kongress der Kommunisten eingesetzt worden ist, den hervorragenden Vertreter der Arbeiter im Arbeiterrat der Firma Bergmann, Seestraße? Wie kam dieser revolutionäre Kommunist zu seinem Posten im 15er Ausschuss der Reichsbetriebsräte? Er ging zum Betriebsräte-Kongress, rief zum Tagungslokal telefonisch seinen Betrieb an und teilte mit, daß er krank sei. Der Betriebsrat übermittelte die Krankmeldung der Betriebsleitung. Diese rief in dem Tagungslokal, „Neue Welt“, an, und prompt meldete sich Otto Bergau, Betriebsrat Bergmann, Seestraße. — Der Direktor sagte ihm: „Ach, Herr Bergau! Ich denke, Sie sind krank. Also auf diese Art und Weise vertreten Sie Ihre revolutionären Ideen“, und hängt den Apparat an.

Neuerdings wurde Bergau in die unangenehme Lage versetzt, Sammelgelder für irgendwelche Kollegen abzuführen. Nun sind entweder die Sammelgelder der verloren gegangen oder die Sammellisten; jedenfalls hat er seine Aufgabe verpfändet und sich neues Geld geborgt, um das verschwundene Geld (35 000 M.) wieder herbeizuschaffen. Vielleicht ist die Arbeiterschaft der Firma Bergmann so neugierig und unterfucht, wo die Sammellisten bzw. die 35 000 M. geblieben sind. Vielleicht sieht sich auch die kommunistische Partei veranlaßt, ihre Führer etwas näher anzusehen.“

## Neuer Lohnabschluß in der Ledertwarenindustrie.

Am 28. Januar fanden in der Ledertwarenindustrie Lohnverhandlungen statt, deren Ergebnis Kollege V. Ume in einer Versammlung in Voelkers Festvällen bekanntgab. Für die Zeit vom 19. Januar bis zum 2. Februar sind die Tariflöhne um 88 Proz. erhöht worden. Dieser Zuschlag erfolgt auf alle bestehenden Löhne. Der Mindeststundenlohn eines Facharbeiters beträgt 599,05 M., für Hilfsarbeiter 545,15 M. und für Stepperinnen 407,85 M. Belegene erhalten im ersten Jahr 2896 M., im zweiten Jahr 3295 M., im fünften Halbjahr 4193 M. und im sechsten Halbjahr 4493 M. pro Woche.

## Völkische Gewerkschaftseroberer.

Den kommunistischen Gewerkschafts-„Eroberern“ ist in den „Nationalsozialisten“ eine Konkurrenz erwachsen. Im „Völkischen Beobachter“ richteten sie an die „Hand- und Kopsarbeiter, alle, die ihr gewerkschaftlich organisiert seid“, einen Aufruf. Von den sogenannten neutralen Gewerkschaften werde mit allen Mitteln der Kampf gegen diese sogenannte Bewegung geführt, die von verfrachten Offizieren und einem arbeitscheuen Anhang betrieben wird. „Auch da läßt der Jude alle Minen springen.“ Die Aufforderung zum Zusammenschluß „zu einer kampfbereiten radikal-völkischen Arbeits- und Propagandagemeinschaft“ schließt mit: „deutschem Gewerkschaftsgruß“.

Ein anhängender Fragebogen enthält außer den Fragen nach den Personalien die Frage, welcher Gewerkschaft der Betreffende angehört, ob er ehrenamtlich oder bereits amtlich darin tätig ist und als was.

Es ist zu erwarten, daß diese „Gewerkschaftseroberer“ auch in Bayern, wo sie zunächst auftraten, keine „Eroberungen“ machen werden, so daß es genügt, die Absicht zu verzeichnen.

## Der „Schuhverband“ der Schauspieler.

Der Vorstand des A.M.-Bundes schreibt uns: Innerhalb der Genossenschaft Deutscher Bühnengehörigen hat sich im letzten Jahr ein Organisationskonflikt entwickelt, bei dem die

sogenannte Opposition angeblich die Durchsetzung sachlicher Reformen des Programms und der Satzungen zum Ziele hatte, während tatsächlich persönliche Strebereien im Mittelpunkt der von der „Opposition“ betriebenen Zerlegungsarbeit standen. Die Mißbilligung, die jene Treibereien durch die Delegiertenversammlung der Genossenschaft gefunden haben, hinderten indes ihre Träger nicht, die gesteckten persönlichen Ziele auch weiterhin mit allen Mitteln zu verfolgen. Schließlich ist die Disziplinarlosigkeit getränkt worden durch die Gründung einer Sonderorganisation, dem sogenannten „Schuhverband der Bühnengehörigen“, der vorgibt, nur die organisierte Opposition innerhalb der Genossenschaft zu sein, in Wirklichkeit aber alle Kennzeichen einer völlig selbständigen Konkurrenzorganisation trägt. Der Schuhverband tritt selbständig als Tarifkontrahent auf. Er kämpft gegen die Durchführung der von der Genossenschaft mit dem Deutschen Bühnenverein abgeschlossenen Tarifvereinbarungen, z. B. gegen die Anerkennung der tariflichen Schlichtungsstellen usw. Er lehnt dauernd das Ansehen der Genossenschaft in aller Öffentlichkeit in schlimmster Weise herab. Das verbandsschädigende Wirken ist um so mehr zu verurteilen, als bei der heutigen wirtschaftlichen Theaterkrise die Lage der Schauspieler ohnehin sehr schlecht ist und die kapitalistischen Theaterleiter allein die Ruinier dieser ganzen Zerplitterung sind.

Der Vorstand des A.M.-Bundes, dem die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger seit vielen Jahren angeschlossen ist, war genötigt, sich jetzt ebenfalls mit diesen Vorgängen eingehend zu beschäftigen, nachdem wiederholt versucht worden war, örtliche A.M.-Kartelle durch falsche Informationen gleichfalls für die dunklen Ziele jenes Schuhverbandes einzuspannen. Er hat deshalb seine Funktionäre im ganzen Reich angewiesen, jede Verbindung mit dem Schuhverband unter allen Umständen abzulehnen und die Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger in dem ihr aufgezwungenen Abwehrkampfe tatkräftig zu unterstützen.

Er hat an den Vorstand des A.D.B. das Ersuchen gerichtet, seine Ortsausschüsse im gleichen Sinne anzuweisen.

Die Einsturzkatastrophen im Hofe-Haus hat die Frage der Baukontrolle in den Vordergrund des Interesses gerückt. Der Deutsche Bauarbeiterbund beruft deshalb zu Montag eine Versammlung ein (siehe Inserat), auf die wir besonders hinweisen.

Für die Handelsreisenden im Einzelhandel ist am Montag abend in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband eine Verständigigung erzielt worden. Auf alle Dezemberlöhne erfolgt bis zum 15. Januar eine Zulage von 85 Proz., ab 16. Januar bis 8. Februar eine Zulage von 100 Proz. Die Tarifverträge sind ab heute, den 28. d. M., im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes, Engelauer 24-25, Zimmer 31, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches erhältlich.

Ein Generalstreik in der Tschechoslowakei ist gestern im ganzen Vieltiger Industriebezirk ausgebrochen, der sich auch auf die Elektrizitäts- und Wasserwerke und die Straßenbahn erstreckt. Es kam zum Eingreifen des Militärs durch angebliche Ruhestörungen.

Ein Gewerkschaftsbank in New York will die Vereinigung der Lokomotivführer gründen. Sie hat eine große Anzahl Aktien der Empire Trust Company gekauft und die Genehmigung zu ihrer genossenschaftlichen Bankgründung nachgesucht.

## Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer!

In Anbetracht der durch die Stilllegung der Baustelle Glanz-Film in Copenick geschaffenen Situation ist für die Gesamtbelegschaft der A.M.-Gesellschaft für Bauausführung, im Einverständnis mit den in Frage kommenden Organisationen

heute abend 6 Uhr Betriebsversammlung in Haverlands Festvällen, Neue Friedrichstraße.

Der Betriebsausschuss.

Bauarbeiter Kaufhaus, Morgen, Sonnabend, 8 Uhr bei Sobbe, Hermannstr. 109, Zusammenkunft. Begrüßkarte und Parteibuch legitimiert. Der A.M.-Ausschuss.

Kaufhausbauarbeiter. Heute nachm. 5 1/2 Uhr Mitgliederversammlung aller in der Kaufhausbauindustrie beschäftigten Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterbundes in der Neuen Welt, Sofenstraße (Gartenfeld). Bericht über das Ergebnis der neuen Lohnverhandlungen. Zutritt nur unter Ausweis der Mitgliedschaft. — Die Vorstandswahl.

Kommunale Betriebsräte. Montag nachmittags 3 Uhr Vollversammlung im Bürgerpalast des Rathauses, Eingang Albrechtstraße. 1. Wirtschaftspolitik und Währungsfragen. 2. Stellungnahme zur Neuwahl der Betriebsräte. Pünktliches Erscheinen erwartet der Geschäftsführende Ausschuss.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Völkischer Kultur-Kreis Berlin-Brandenburg. Sonnabend, den 27. Januar, abends 8 Uhr, Fortsetzung des Vortrags: „Das Völkertum und die bürgerliche Kultur“ in der Schule, Gipsstr. 2a.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Berlin, e. V., Mt. Charlottenburg. Sämtlichen Mitgliedern und Ausfallteilnehmern zur Kenntnis, daß unser Stellungs-Büchlein für den Monat, den 27. Januar, abends 7 Uhr, im Saale des Berliner Spar- und Bauvereins, Königin-Elisabeth-Str. 6 (Eingang West-Eckelberg), herauskommt.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“, Berlin, Touren für Sonntag, den 28. Januar. Vorkurs für sämtliche, auch der dritten, bestimmt sonntags 8 1/2 Uhr Bahnhof Frankfurter Allee. 8. Abt.: Sonnabend, den 27., Pöhlchen-Ecke, Westend. Sonntag, den 28., Pöhlchen-Wald. Treffpunkt 10 Uhr Grüner See. 8. Abt.: Johannisthal, Pöhlchen-Wald. Start 1 Uhr Pöhlchen-See, 2. Abt.: Pöhlchen-Wald. Start 1 Uhr Pöhlchen-See, 3. Abt.: Pöhlchen-See. Start 1 Uhr Pöhlchen-See, 4. Abt.: Pöhlchen-See. Start 1 Uhr Pöhlchen-See.

Wetter bis Sonnabend mittag. Milb überlegend trübe, mit wiederholten, meist geringen Regenschauern, bei frischen bis starken westlichen Winden.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Bornhördt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhördt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Bureau 1, Berlin.

Was ist Satyrin? In neuerer Zeit, in der man unter dem Einfluß der ausnehmendsten Forschungsergebnisse des Wiener Physiologen Professor Steinhilber angefangen hat, sexuelle Fragen mit weniger Scheu als vordem zu behandeln, hört man oft das Präparat „Satyrin“ nennen.

Satyrin ist ein Hormon-Präparat mit einem Zusatz von salzsauerem Yohimbin, und die tausendfach mit ihm gemachten Erfahrungen beweisen, daß in ihm ein Heilmittel gegen Nerven- und Sexualschwächen gefunden ist, das ähnliche Präparate weit übertrifft. Satyrin-Gold für Männer und Satyrin-Silber für Frauen wird hergestellt von der Aktiengesellschaft Hormona, Düsseldorf-Grafenberg, und ist in allen Apotheken erhältlich.

**Fische**  
Grüne Heringe . . . Pfund 270M  
Seelachs ohne Kopf, ganze Platte . . . . . 540M  
Bratschollen große . . . Pfund 800M

**Wild**  
Hirschfleisch . . . . Pfund 700M  
Hirschblättern . . . . . Pfd. 1400M  
Hasen gestreift u. ausgeworfen Pfund 900M

**Räucherwaren**  
Schellfische . . . . . Pfund 480M  
Sprottbücklinge Pfund 750M  
Seelachs in Sildcken . . Pfund 890M

# A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

**Sowelt Vorrat Frisches Fleisch Sowelt Vorrat**  
Querrippe . . . . . Pfd. 1500M  
Rinderkamm . . . . . Pfd. 1700M  
Rinderbrust . . . . . Pfd. 1700M  
Roastbeef mit Knochen Pfd. 1800M  
Gehacktes Fleisch Pfd. 1600M  
Schweinebauch u. Blatt m. Belg. Pfd. 2500M  
Schweinerücken m. Belg. Pfd. 2500M  
Schweineschinken Pfd. 2500M

**Käse**  
Camembert . . Schachtel 270M  
Quadratkäse . . . Pfund 820M  
Romakourkäse . . Pfund 850M

**Gemüse u. Obst**  
Mohrrüben gewaschen Pfund 28M  
Kohlrüben . . . . . Pfund 32M  
Ehäpfel . . . . . Pfund 33M

**Dörrgemüse**  
Karotten . . . . . Pfund 600M  
Wirsingkohl . . . . . Pfund 900M  
Gemüse gemischt . . . Pfund 800M  
(1/2 Pfund Dörrgemüse entspricht dem Inhalt einer Kilodose Konserven)

# Die Geldnot der Stadt Berlin.

## Bewilligung des Fünfmilliarden-Bedarfs.

Nach langen Debatten bewilligte gestern die Stadtverordnetenversammlung die fünf Milliarden, die der Magistrat fordern muß, um die Aufgaben des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens auch nur annähernd erfüllen zu können. Alle Fraktionen waren zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Bewilligung der Mittel nicht verweigert werden dürfe; nur die Kommunisten blieben bei ihrem Widerstand und lehnten ab. Ueber die Deckung war der Ausschuß zum Teil anderer Meinung als der Magistrat, und er empfahl der Versammlung ein Kompromiß, das die Zuschläge zu den Gas- und Wasserpreisen weniger hoch festsetze. Den Kleinverbrauchern soll der Magistrat den Gaspreis verbilligen. Für die sozialdemokratische Fraktion wandte Genosse Lohmann sich scharf gegen den Versuch der Bürgerlichen, bei dieser Gelegenheit eine Lohnbeeinträchtigung der Werftarbeiter durchzudrücken. In der Abstimmung gelang es ganz knapp, diesen Versuch zu vereiteln. Mit der gesamten Linken stimmte hier das Zentrum.

In der gestrigen Sitzung wurde zunächst folgende Anfrage der Sozialdemokraten (Heimann u. Gen.) zur Kenntnis gebracht: „Was gedenkt der Oberbürgermeister als oberster Sicherheitsbeamter und der Magistrat der Stadt Berlin zu tun, um Bauunfälle, wie den letzten auf dem Neubau bei Woffe, zu verhindern? Wann gedenkt der Oberbürgermeister und der Magistrat der Stadt Berlin der Beschluß der Versammlung vom Dezember v. J. in die Tat umzusetzen, Baukontrollen aus den Reihen der baugewerblichen Arbeitnehmer anzustellen?“ Im Anschluß daran sprach Vorsitzender Dr. Caspari den von dieser schrecklichen Katastrophe Betroffenen das herzliche Beileid der Versammlung aus und gab zugleich dem Wünsche Ausdruck, es möchte gelingen, durch geeignete Vorkehrungen des Magistrats die Wiederkehr solcher Unfälle zu verhindern.

Ein Dringlichkeitsantrag der Wirtschaftspartei, der unter Hinweis auf die unerträglich werdende, Ernährung und Gesundheit der Bevölkerung bedrohende Preissteigerung verlangt, daß der Magistrat bei der Reichs- und Staatsregierung dahin wirken möge, daß die inländischen Lebensmittel durch das rapide Steigen des Dollars nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, kam zur einstimmigen Annahme.

Zur Verhandlung gelangte nunmehr der von den Kommunisten schon am 7. März 1922 eingebrachte Antrag: „Den Magistrat zu ersuchen, Anweisung zu geben, daß sämtliche Wohnungsämter verpflichtet sind, in der Tagespresse die

### Wohnungsverkäufe und Wohnungstausch

zu verfolgen und die Verfolgung der zum Verkauf angebotenen Wohnungen vorzunehmen, sowie eine Kontrolle der zum Umtausch angebotenen Wohnungen wirksam durchzuführen.“ Nachdem Herr den Antrag begründet und Richard Kunze auch diese Gelegenheit zu einem antisemitischen Ausfall benützt hatte, forderte Genosse Pailow, diese Fragen in den Bezirksämtern weiter zu verfolgen; es müsse vor allem darauf gehalten werden, daß bei der Wohnungszuweisung Unterschiede zwischen arm und reich nicht gemacht werden. Im übrigen sei nicht Abbau der Wohnungsämter, sondern schärfere Kontrolle ihrer Arbeit angezeigt. — Der Antrag wurde angenommen.

Den vom Magistrat vorgeschlagenen Veränderungen in den planmäßigen Beamtenstellen stimmte die Versammlung nach den Anträgen des Haushaltsausschusses mit der von Heimann (Soz.) beantragten Änderung zu, daß die vom Ausschuß abgelehnte Umwandlung einer Oberstadtkretärstelle in eine Magistratsratsstelle im Bezirk Berlin-Mitte mit 91 gegen 90 Stimmen bewilligt wurde.

Eine große Anzahl kleinerer Vorlagen verabschiedete man ohne jede Debatte. Mit 88 gegen 74 Stimmen abgelehnt wurde der Magistratsvorschlag auf Bewilligung von 245 000 M. zur Abkaffung von Gewerbesteuerkursen.

Die beantragte Gewährung einer Beihilfe von 150 000 M. an das Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich ging auf Antrag von Frau Dr. Bogdanjinski (Soz.) an einen Ausschuß, der Antrag von Frauen aus allen Fraktionen betr. des Wilmersdorfer Heim für Mutterschutz an den Haushaltsausschuß.

Darauf trat das Haus in die zweite Lesung der sogenannten 5-Milliarden-Vorlage,

die nach langwierigen Vorbereitungen im Ausschusse fertiggestellt worden ist. Die Ausschußvorschläge haben die vom Magistrat einseitig auf die Werttarife geworfene Deckung darin gefunden, daß die Grundsteuer um 25 Proz., die Kopfsteuer auf das Fünffache, die Hundesteuer um 2000 M für die letzten zwei Monate des Rechnungsjahres, die Höckersteuer auf das Zwanzigfache erhöht werden soll; der Zuschlag zu dem Gastarif soll 5 Proz., zum Elektrizitätstarif 10 Proz. betragen. Damit werden wenigstens 4,3 Milliarden Mark gewonnen. Die Bewilligung dieser Mittel soll aber davon abhängig gemacht werden, daß der Magistrat unverzüglich 1. die Erstattung von mindestens zwei Dritteln der Krankenhauskosten seitens der Krankenkassen sicherstellt, 2. die Herabminderung des Personals der Krankenhäuser und verwandter Anstalten mindestens auf das Verhältnis von 1:3 (eine Person des Personals zu 3 Betten) sicherstellt, wobei die Entlassungen sich in erster Linie auf das nicht staatlich geprüfte Personal zu erstrecken haben, 3. die Einführung des geteilten Achtstundentages zu diesem Zwecke in den Krankenhäusern durchsetzt, 4. die Pfleger in das Angestelltenverhältnis überführt, 5. den Abbau der Wohnungsämter in Angriff nimmt und insbesondere sofort die weitestgehende Verminderung des Personals durchführt, 6. eine Vorlage über die Verbilligung des Gaspreises für Kleinverbraucher einbringt. Ueber die Durchführung dieser Bedingungen ist innerhalb 4 Wochen der Versammlung vom Magistrat Bericht zu erstatten.

Ferner soll der Magistrat ersucht werden, bei den Tarifverhandlungen mit den Werftarbeitern die durch den Manteltarif und die Ruhegeldberechtigung den städtischen Arbeitern gewährten Vorteile durch eine entsprechende Herabsetzung der Löhne auszugleichen.

Eine gründliche Beleuchtung ließ Gen. Dr. Lohmann diesen Kompromißvorschlägen des Ausschusses zuteil werden. Er führte aus: In der Zeit seit Eingang der Vorlage ist der Dollar von 6000 auf 21 000 gestiegen und selbst bei größter Einschränkung wird die Summe für die Zeit bis 31. März 1923 nicht hinreichen. Das Rezept des Dr. Steiniger: „Herunter von der sozialen und kulturellen Höhe!“

### Stadt in Not

„kam sich Krankenhäuser u. dgl. nicht mehr leisten!“ war uns ebenso unannehmbar wie der vom anderen Extrem empfohlene Weg der Ausgeplöndung und Vervollkommnung, der uns aber hinsichtlich der Mittel auf eine völlig vage Zukunft verwarf. Gerade in Zeiten höchster politischer Not wollen wir das Volk nicht vollends verkommen lassen. Die Vermögenslage der Stadt ist ja gar nicht so schlecht, wie sie die deutschnationalen Presse immer hinstellt; was wir brauchen, sind augenblicklich flüssige Mittel. Den Bedarf haben wir also anerkannt, aber die Deckungsvorschläge des Magistrats waren für uns untragbar. Sie sind schließlich nach schwerer Mühe umgestaltet, aber zugleich an eine Reihe von Bedingungen geknüpft worden. Die Teilung des Achtstundentages haben wir sehr peinlich empfunden. Wir verstehen das Mißtrauen der Arbeiterschaft; aber gerade die Not und Sorge um seine Erhaltung muß die Arbeiter und uns zwingen, den Appell an ihre wirtschaftliche Einsicht zu unterstützen. Natürlich geht das nur durch Verhandlung mit den Organisationen, mit einer Politik der Sanktionen und der Pfänder kommen Sie da nicht durch. Daß der Antrag wegen der Herabsetzung der Löhne überhaupt gestellt ist, daß er gar die Unterschrift bürgerlicher Parteien erhalten konnte, ist unerantwortlich, ist im höchsten politischen Moment, wo die ganze Welt auf das Ruhrrevier blickt, auch

### eine politische Dummheit.

nicht nur die Arbeiterschaft, nicht nur die Verbraucher dürfte man einseitig für die Deckung heranziehen, auch der Besitz, die Produzenten müssen ein sichtbares neues Opfer bringen. Nach dem gerade von demokratischer Seite vertretenen Satz „Eigentum verpflichtet“ wird doch wohl auch diese Partei die Erhöhung der Kopfsteuer annehmen? — Erfreulicherweise ist es so gelungen, das Wasser von der Erhöhung freizulassen und die keine soziale Maßnahme der Bergünstigung für die Kleinverbraucher von Gcs zu erreichen. — Wir übernehmen es, die Massen draußen von der Notwendigkeit dieser

Reubelastung zu überzeugen; mögen die Bürgerlichen dafür sorgen, daß auch der Besitz endlich Opfer bringt. Ohne die letzteren ist die Vorlage für uns unannehmbar. (Beifall bei den Soz.)

In der weiteren Aussprache trat Dr. Caspari (D. Sp.) für die Ausschußvorschläge ein. Der Kammerer gab der Ausschußarbeit seine Zustimmung mit dem Vorbehalt, daß er den Antrag betr. den Manteltarif usw. nicht in dem Sinne als den Magistrat bindend betrachte als die übrigen 6 Bedingungen.

Nach einer weiteren Aussprache, an der sich die Kommunisten Dörr und Schuhmacher sowie Mertens (Dem.), Müller-Franken (Wirtsch.-Partei), Dr. Steiniger (Dnat.) und Lange (Zentrum) beteiligten, wurden in der Abstimmung die Steuererhöhungen mit einer Abmilderung bei der Kopfsteuer für die kleinsten Betriebe bewilligt. Die Bedingungen unter 1—6 fanden gleichfalls die Mehrheit; der Antrag Schuhmacher wurde abgelehnt.

Ueber die Entschlüsselung betr. die Herabsetzung der Löhne mußte durch Auszählung entschieden werden; das Ergebnis war Ablehnung mit Stimmengleichheit (82 gegen 82 Stimmen). Die Vorlage im ganzen fand eine große Mehrheit.

Die Versammlung bewilligte dann noch die 50 Millionen für Inflation von Mietwohnungen in Baracken und die Entnahme dieses Betrages aus den Deckungsmitteln der 5-Milliarden-Vorlage. Schluß der öffentlichen Sitzung 110 Uhr.

## Die alte Brücke.

Die 1886 in Spandau errichtete Charlottenbrücke, die auf dem Wege zwischen dem Hauptbahnhof und dem Stadtimern liegt, soll abgebrochen werden.

Ueber den schwarzen Fluß, der schwere Kohlenkähne, rußwerkende Dampfer und kleine Boote trägt, der das Leben der Gegend widerspiegelt, durch die er fließt und der das Herz des Landes mit dem Meere verbindet, dehnt sich eine Brücke. Schwer und wuchtig lastet sie inmitten der Industriestadt, und über sie hinweg laufen tagein, tagaus zahllose Arbeiterscharen von ihren Wohnungen in die Fabriken und zurück von den Werkstätten in die engen Wohnungen. So selbstverständlich ist die Brücke da, daß keiner sie beachtet. Das ging jahrelang so. Aber die Industrie wuchs, der Verkehr stieg, die Schiffsbände wurden weiter und breiter. Die Schiffer klachten über die enge alte Brücke und die Fußgänger sahen mit Interesse, wie sich die Kähne und Dampfer unter ihnen hindurchquälten. Aber auch der Magistrat der alten Stadt an der Havel, in deren Wasser sich der ungeheure Bau des Julius-turms spiegelt, wurde aufmerksam und berief Sitzungen ein, in denen man darüber klar wurde, daß die alte Brücke, die jahrhundertlang allen Anforderungen genügt hatte, nunmehr ein Verkehrshindernis geworden sei und daß die Klagen der Schiffer nur zu berechtigt gewesen wären. Nur ein Umbau oder ein Neubau könnte hier helfen. Dann vergingen wieder Tage und Wochen, und man hörte nichts von der Angelegenheit, die nun schon diese Altenbände füllte und die Schiffer immer lauter schimpften und die Strahlenjung immer lustiger werden ließ. Schließlich aber kam es zur Katastrophe: Ein großer Dampfer fuhr schwer gegen die alte Brücke, sie stöhnte müde in allen Fugen und brach entzwei. Sie hatte ausgedient. Der Verkehr mußte nun einen anderen Weg nehmen. Nach kurzer Zeit reichte sich eine behelfsmäßige Holzbrücke schweifterlich neben der alten über den Fluß, und nach einigen Jahren kamen Arbeiter mit scharfen Werkzeugen. Die schlugen sie in die todtränke Brücke, die nun endlich farb. Und nach wenigen Jahren wird man es für sehr selbstverständlich halten, daß an ihrer Stelle brückenlose Ufer sich gegenüberliegen.

Die alte Charlottenbrücke über die Havel trat seinerzeit an Stelle einer im Jahre 1865 erbauten hölzernen Brücke und wurde am 15. Mai 1886 dem Verkehr übergeben. Die gesamten Baukosten der Brücke haben damals 152 261 M. betragen, und es dürfen angesichts der heutigen Geldentwertung die Herstellungskosten im einzelnen interessieren: Erdarbeiten einschließlich Rampen 7848 M., Zimmerarbeiten und Materialien 23 940 M., Maurerarbeiten 7784 M., Maurermaterialien 8 438 M., Steinmeharbeiten 4663 M., Eisenarbeiten (ohne den Ueberbau) 4564 M., Pfeilerarbeiten einschl. Material 18 979 M., eiserner Ueberbau 48 490 M., Anstreicherarbeiten 893 M., sonstige Ausgaben 16 657 M., zusammen 152 261 M. Der Ueberbau der Brücke ist einer Berliner Firma übertragen, die für den Ueberbau der Brücke 6 Millionen Mark an die Stadt Berlin zahlt und außerdem auf eigene Kosten den eisernen Ueberbau abtrifft. Besondere Kosten entstehen der Stadt für den Abbruch der Pfeiler und die Ergänzung des Leitwerks der hölzernen Behelfsbrücke.

(Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

## Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

20] Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Campers.

„Es ist doch ein anständiges Geschäft,“ sagte der erste Sergeant und unterbrach den Gesang plötzlich. „Da braucht ihr keine Sorge drüber haben, Kerls, ich habe drauf aufgepaßt, daß wir 'ne anständige Beschäftigung bekommen, und was die Front angeht, da braucht ihr auch keine Sorge haben. Wir werden alle noch in Stellung kommen. Dieser Krieg wird mindestens zehn Jahre dauern.“

„Bis dahin werden wir wohl alle General sein,“ sagte Williams.

„Nun, aber ich möchte doch wieder zu Hause sein und Sodawasser trinken.“

„Dieses Leben ist groß. Wenn man nur nicht schwach wird,“ murmelte Fuselli automatisch.

„Aber ich werde schwach,“ sagte Williams, „Mann, ich bin krank vor Heimweh. Ist mir ganz gleich, wer das weiß. Ich möchte an die Front und mit dem ganzen Kram fertig sein.“

„Du mußt was saufen,“ sagte der Sergeant und schlug mit der Faust auf den Tisch. „Remfelle.“

„Ich wußte nicht, daß Sie französisch sprechen können,“ sagte Fuselli.

„Französisch?“ sagte der Sergeant. „Williams, der kann französisch sprechen!“

„Boulan vous couchay avec moy . . . — das ist alles, was ich weiß.“

Alle lachten.

„Heh, Remfelle, boulan vous couchay avec moy? Bi, wi, champagne!“

Alle lachten tosend. Das Mädchen passchte ihn auf die Hände. In diesem Augenblick stampfte ein Mann, ein großer, kreitschultriger Kerl in einer losen, englischen Uniform ins Kaffee, mit schwungvollem Schritt, der die Gläser auf allen Tischen klirren ließ. Er dudelte irgend etwas vor sich hin und grinste über sein breites, rotes Gesicht. Er ging zu dem Mädchen, tat so, als ob er sie küsse, sie lachte und sprach vertraulich französisch mit ihm.

„Da ist der wilde Dan Cohen,“ sagte der dunkelhaarige Sergeant.

„Komm 'mal her, Dan!“

„Hier, du Masthock!“

„Komm her und trink eins mit uns! Wir werden 'was Sprichwasser trinken.“

„Da bin ich immer dabei.“

Sie machten Platz für ihn auf der Bank.

„Ich habe Arreit,“ sagte Dan Cohen. „Schaut mich an!“

Er lachte und gab seinem Kopf einen seltsamen schnellen Dreh nach der einen Seite: „Compréh?“

„Mensch, hast du keine Angst, daß sie dich schnappen?“ fragte Fuselli.

„Mich schnappen? Was sollen sie denn mit mir anfangen? Habe schon dreimal vorm Kriegsgericht gestanden und werde bald zum vierten Male damit zu tun haben.“ Dan Cohen schob seinen Kopf auf die eine Seite und lachte. „Habe einen Freund; mein alter Chef ist hier Hauptmann, und der wird die Geschichte in Ordnung bringen. Früher, chez moy, machte ich in Postfil, Compréh?“

Der Champagner kam, und Dan Cohen entkorkte die Flasche mit geschickten, roten Fingern. Der Korken flog bis an die Decke.

„Dachte gerade darüber nach, wer mir'n SUFF bezahlen würde,“ sagte er. „Habe keinen Piennia gefriegt, seit Christus Korporal war. Habe schon ganz vergessen, wie 'ne Löhnung aussieht.“

Der Champagner sprudelte in den Biergläsern.

„So ist das Leben,“ sagte Fuselli.

„Du hast verdommt recht Mann, man darf nur nicht auf sich 'rumreiten lassen,“ sagte Dan.

„Reswegen sind sie jetzt hinter dir her, Dan?“

„Nard?“

„Nard? Was ist denn das?“

„Das ist, wenn der Bursche stirbt.“

„Zum Teufel!“

„Das begann alles mit dem verrotten Transport runter nach Nantes. Bill Rees um' ich. . . Heh, Marie, encore champagne, beaucoup! . . . Ich war damals im Ambulanzdienst! Wer weiß, in was für müßigem Dienst ich jetzt wieder stecke. Unsere Sektion war in Kepos, und sie sandten einige von uns runter nach Nantes, um 'ne Ladung Wagen zurückzuholen. Wir fuhren mit fünf richtigen Kernern, nur auf dem Chassis, foveg. Bill Rees und ich waren verflucht am Schwanz des

Zuges. Ganz zuletzt fuhr ein blöder Hund, der scheinbar nicht wußte, ob er kam oder gehen wolle.“

„Wo ist denn eigentlich Nantes?“ fragte der erste Sergeant, als ob das Wort gerade jetzt erst in sein Bewußtsein gedrungen sei.

„An der Küste,“ antwortete Fuselli. „Ich sah's auf der Karte.“

„Nantes ist irgendwo in der Hölle,“ sagte der wilde Dan Cohen, nahm einen Schluck Champagner, hielt ihn einen Augenblick im Munde, den er dann wie eine Kuh beim Wiederkäuen bewegte.

„In' da Bill Rees und ich zuletzt fuhren und am Wege viel Kaffees und Aneipen waren, hielten Bill Rees und ich so von Zeit zu Zeit an, um ein kleines Glas zu uns zu nehmen und den Mädels „bon jour“ zu sagen und mit den Leuten zu reden. Un' dann fuhren wir wieder los wie ein Ball aus der Hölle, um aufzuholen. Ich weiß nicht, ob wir zu schnell fuhren, oder ob wir die Richtung verpaxten, oder was das gewesen ist, aber wir erwischten diesen verdammten Transport nie. Na, dann dachten wir eben, wir könnten ja genau so gut 'n bißchen von dem Land uns angucken. Compréh? . . . Na, und das taten wir, kamen so nach Orleans, stürzten ohne Gas durch einen Gießbach. Ein Militärpolizist kletterte auf das Trittbrett unseres Wagens.“

„Haben sie dich da gefchnappt?“

„Keine Rede,“ sagte Dan Cohen und ruckte seinen Kopf auf die Seite. „Man gab uns Brennstoff und neue Nationen und sagte, wir sollten am nächsten Morgen weiterfahren. Ihr seht, wir haben denen einen schönen Schmus aufgesetzt. Compréh? Wir gingen dann in ein duftes Restaurant — wir hatten diese blutigen britischen Uniformen an und der Militärpolizist wußte daher nicht, was für Vögel wir waren. So gingen wir denn darauf los und saßen uns ein richtiges, reguläres Essen kommen und 'ne Menge vin rouge und vin blanc und tranken auch einige Cognacs, und bevor wir wußten, fraßen wir schon mit zwei Hauptleuten und einem Sergeanten. Einer der Hauptleute war der besoffenste Kerl, den ich je im Leben gesehen habe. Wir aßen ordentlich was, und Bill Rees sagte, wollen 'ne kleine Bergangungsfahrt machen, und der Hauptmann sagte, sein; der Sergeant hätte auch sein gesagt, aber der war so sternhagelooch, daß er nichts mehr sagen konnte.“

(Fortsetzung folgt.)

# Streik der Kassenärzte?

## Honorarrückstände der Krankenkassen.

Zwischen den Groß-Berliner Krankenkassen und Kassenärzten droht ein schwerer Konflikt auszubrechen, weil die Kassen den Ärzten die am 15. Januar 1923 fällig gewordenen Honorare für das vierte Quartal 1922 nur zum Teil ausbezahlt haben. In einer Besprechung mit Vertretern der Presse gab Sanitätsrat Dr. Sternberg im Auftrag des Groß-Berliner Ärztebundes einen Bericht über die Angelegenheit, wobei er sich in heftigen Ausfällen gegen die Verwaltungen der Krankenkassen erging. Unter anderem warf er den Kassen vor, daß bei ihnen eine „Schweinewirtschaft“ herrsche, aber „gute politische Gesinnung“ etwas gelte. Der Ton, in dem der Bericht erstattet wurde, war ungewöhnlich und sprach sehr ab von der sachlichen Art, in der sonst die Presse bei den Besprechungen mit Behörden und anderen Körperschaften informiert zu werden pflegt. Dr. Sternberg kündigte an, daß bei weiterem Ausbleiben der Zahlungen die Ärzte nicht länger die Kassenmitglieder zu den mit den Kassen vereinbarten Sätzen behandeln würden. Die wirtschaftliche Abteilung des Groß-Berliner Ärztebundes hat beim Versicherungsamt Berlin eine Beschwerde gegen die Kassen eingereicht, in der die Ärzte die Hoffnung auf einen Erfolg der Anrufung dieser Ausschüsse nicht groß sein und desto mehr Reue bestehen, durch schärferen Kampf die Krankenkassen gezwungen zu machen. Die Ärzteschaft will den Kassenmitgliedern nicht überhaupt die Behandlung verweigern, aber sie will sofortige Bezahlung nach den Sätzen der Privatpraxis fordern und dann den Kassenmitgliedern überlassen, Erfolg bei ihren Krankenkassen zu beantragen. Daß bei diesem Verfahren viele Kassenmitglieder auf die bei den heutigen Honoraren der Privatpraxis für sie unbezahlbare ärztliche Hilfe überhaupt verzichten müßten, dürfte auch den Ärzten klar sein. Andererseits muß man ihnen darin recht geben, daß bei der gegenwärtigen Teuerung auch sie in Bedrängnis und Not geraten, wenn sie monatlich auf das ihnen zustehende Honorar warten müssen. Dr. Sternbergs Annahme, daß es den Kassen am guten Willen fehlt, ist unzutreffend. Auch die Krankenkassen sind in den Strudel der allgemeinen Not mit hineingerissen worden und haben Mühe, die an sie gestellten wachsenden Anforderungen zu erfüllen. Wir wünschen und hoffen, daß es nicht zum äußersten kommen wird, sondern eine Verständigung sich wird erreichen lassen.

## Die Eröffnung der Nord-Südbahn.

Die Nord-Südbahn wird nunmehr am Montag, 20. Januar, eröffnet werden. Die hierzu geladenen Vertreter der städtischen Körperschaften, der Verwaltung, der Presse usw. werden zunächst vom Bahnhof Hallesches Tor bis zur Seestraße und dann zurück zum Bahnhof Friedrichstraße fahren. Dort sollen Ansprachen gehalten werden, die die Bedeutung des neuen Verkehrsunternehmens würdigen, und im Anschluß hieran wird ein 10-Minuten-Verkehr probeweise durchgeführt. Die zunächst fertiggestellte Strecke Seestraße—Hallesches Tor hat zwölf Bahnhöfe, an deren reiflicher Fertigstellung zurzeit noch fleißig gearbeitet wird, so daß am 30. Januar erst die Strecke Hallesches Tor—Stettiner Bahnhof dem öffentlichen Verkehr zugänglich gemacht werden kann.

## Mutter und Kinder.

Ein trübes Familienbild entrollte eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II, vor der eine Frau Konradine Krüger wegen Sittlichkeitsvergehens gegen die eigenen Kinder angeklagt war. Als Zeugen traten die Kinder im Alter von 6 bis 16 Jahren gegen die eigene Mutter auf.

Die Angeklagte lebte mit ihrem Mann in Scheidung. Der Ehemann hatte ihr das Haus verwiesen und eine Nachfolgerin bei sich aufgenommen. Da der eingeleitete Ehescheidungsprozeß für ihn schlecht stand, griff er zu dem überaus verwerflichen Mittel, die Kinder gegen die Mutter aufzuheben. Diese traten plötzlich mit ganz ungeheuren Beschuldigungen über unzüchtige Handlungen gegen die Mutter auf, was zur Erhebung der Anklage führte. In welcher Weise auf die Kinder eingewirkt sein muß, zeigte die Verhandlung, denn, als der Vorstehende den zwölfjährigen Sohn und die sechzehnjährige Tochter auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht aufmerksam machte, weil es ihre Mutter sei, erklärten sie: „Das ist nicht unsere Mutter, Vater hat jetzt eine neue Mutter

## Die Ruhrleute.

Von Karl Germer.

Nicht umsonst hat man das Ruhrkohlenbecken das Herz Deutschlands genannt. Es ist, wenn auch an der Westgrenze gelegen, der Mittelpunkt deutschen Lebens, deutscher Intelligenz und deutscher Schaffenskraft, es ist die Quelle deutscher Energie. Zahllose Schienenstränge vermitteln hier die Kraft, die von hier aus das ganze deutsche Wirtschaftsleben befruchtet. Das Ruhrgebiet ist die Werkstätte des deutschen Reiches, es ist, möchte ich sagen, seine Geldbörse. Ohne dieses kleine Städtchen Land, das sich von Düsseldorf bis Hamm erstreckt, ist das heutige Deutschland kaum lebensfähig.

Der Fremde, der mit dem D-Zug in kaum eineinhalbstündiger Fahrt dieses Gebiet durchfährt, ist erschüttert von der gewaltigen Großartigkeit der arbeitenden Industrie. Großstadt reiht sich an Großstadt, Schlot an Schlot. Er ist bedrückt und atmet erst auf, wenn er jenseits von Hamm oder Düsseldorf wieder reinere Luft atmet, wenn sich die schwarze Wolke, die wie ein Wahrzeichen das ganze Gebiet umhüllt, teilt und wieder einen freien Blick gestattet. Die Wucht des Anblicks, das Dröhnen der Hämmer, der Rhythmus der dauernden Arbeit, das Rauschen der in ewiger Bewegung rollenden Verkehrsmittel haben ihn betäubt. Der Fremde ahnt kaum, daß dieses gewaltige ineinandergreifende Getriebe einem Uhrwerk zu vergleichen ist, das bei der leisesten Berührung steht und nur sehr schwer wieder in Gang gebracht werden kann.

Diese Gefahr steht durch den Einmarsch der Franzosen unmittelbar vor der Tür. Es ist zu erwarten, daß in ganz kurzer Zeit die Verkehrsadern, ohne die ein Wirtschaftskörper nicht lebensfähig ist, verstopft sind. Und dann? Die Antwort auf diese Frage ist nicht leicht schwer zu geben. Dann sind wir am Ende. Kommt die Eisenbahn zum Stehen, kommt die Schifffahrt zum Erliegen, dann steht auch die Industrie. Sie muß zum Stehen kommen, wenn das Herz stehen bleibt, wenn der Kreislauf des Blutes aussetzt.

Es ist zu verstehen, wenn der Franzose, überrascht von der gewaltigen Großartigkeit des Ruhrgebietes, glaubt, nun, weil er das Gebiet besetzt hat, auch sein Herrscher zu sein. Er ist aber der Fremde, der die feinen Gewebe, die es durchzieht, nicht sieht. Er kam, um seinem Lande den Aufbau zu sichern. Er wird aber auch wieder gehen und nichts als seine zerstörten Hoffnungen mitnehmen. Vielleicht dazu den Hauch eines sterbenden Volkes.

Das Volk, das sich im Ruhrgebiet angesiedelt hat, ist eine bunt zusammengewürfelte Menge von Menschen, die keine Nationalität und keine Weltanschauung zusammenhält, sondern nur eine Interessengemeinschaft, die sich auf die Arbeitskraft und das nackte Leben stützt. Vielleicht hat gerade dieser Umstand die Franzosen bewogen, den Vorstoß in das Herz Deutschlands zu wagen. Sie haben vielleicht gehofft, diese Menschen durch billige Versprechungen ködern zu können, und geglaubt, diesen Menschen sei es gleich, für wen sie arbeiten, wenn ihnen nur die Möglichkeit zum Leben und zur Arbeit

gegeben würde. Das war oder ist ein Irrtum, denn im Grunde des Herzens ist die Bevölkerung des Ruhrgebietes ferndeutsch und wird sich nie dem Willen eines fremden Herrschers beugen. Dafür bürgt keine Geschichte. Genießt es aus einem gesunden Empfinden heraus im Kapitalisten seinen natürlichen Feind, den noch größeren aber im Militarismus. Der Ruhrarbeiter, besonders aber der Ruhrbergmann, ist nur schwer in Bewegung zu bringen. Wird er aber an seiner wundesten Stelle getroffen, begehrt er auf und die Bewegungen der Jahre 1889, 1905 und 1912 haben schlagend bewiesen, daß er seinen Mann steht.

## Boxer-Seppels Abenteuer. Die Folgen einer Aneignung.

Ein müßter Egg, bei dem die Pistole in der Hand eines Betrunkenen eine verhängnisvolle Rolle spielte und bei dem es zu einer Schießerei während des Verlehrs in der Friedrichstraße kam, hatte jetzt ein Nachspiel vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, vor dem der Berufsboxer Seppel Huber, mit richtigem Namen Johann Haasis, stand.

Eines Tages hatte Boxer-Seppel in der Bar eines bekannten Hotels sich von dem Barkeeper 800 M., angeblich im Auftrage des bekannten Boxers Brenzel, geben lassen, um für diesen Boxerhandschuhe zu kaufen. Mit dem Gelde unternahm Boxer-Seppel eine Aneignung, die sich bis zum nächsten Nachmittag ausdehnte, wo er in einem Lokal landete, in dem er bekannt war und eine lustige Gesellschaft traf. Als er sinnlos betrunken war und sein Geld längst verlor hatte, wurde er hinausgeworfen und sein Mantel als Pfand für die Handschuhe behalten. Woller Wut lief Boxer-Seppel in einen Waffenladen in der Friedrichstraße und ließ sich Revolver vorlegen. Der Waffenhändler glaubte zunächst ein Ritual der Entente-Kommission vor sich zu haben und folgte der Aufforderung. Auch ließ sich Boxer-Seppel einen Revolver laden. Als er dann den Verkäufer anderswärts: „Den anderen auch!“, bekam er es mit der Angst zu tun und flüchtete. Boxer-Seppel eilte ihm aber mit dem geladenen Revolver in der Hand nach und hielt ihn fest. Einen vorübergehenden Schnepowachmeister hielt er ebenfalls an und nahm ihn nach dem Lokal mit. Da der Betrunkenen den Beamten mit festem Boxergreif hielt und gleichzeitig in gefährlicher Weise mit dem Revolver herumsuchte, hielt der Beamte es für ratsam, ruhig mitzugehen. Er tat es um so eher, als Boxer-Seppel mitten auf der Friedrichstraße den Revolver auf den Boden geschickt abwarf, um zu zeigen, daß die Waffe geladen sei. In dem Lokal angelangt, verstand der Beamte es aber, den Aufseher so weit zu beruhigen, daß er draußen warten sollte, während der Beamte selbst hineinging, um den Mantel zu holen. Als die Freunde hörten, daß Seppel draußen wartete, führten sie mit großem Hallo hinaus. Hier wurden sie aber mit einem Kugelregen empfangen. Seppel schoß in blinder Wut um sich. Zwei seiner Freunde wurden schwer verletzt. Die Angehörigen haben es Seppel aber nicht überlassen, denn wie sie in der Verhandlung erklärten, hätte ihnen das in ihrer Trunkenheit „auch passieren können“. Die Folge dieses Lufttritts war eine Anklage gegen Boxer-Seppel wegen schwerer Körperverletzung und Betruges. Das Gericht kam zu einer Freisprechung von der Anklage des Betruges und verurteilte den Angeklagten nur wegen Körperverletzung zu fünf Monaten Gefängnis.

Im Hochprozeß Neher hat auch Rechtsanwalt Dr. Schwindt für den Angeklagten Harry Selzer, der ebenfalls noch wie vor jede Schuld bestreitet, Revision beim Reichsgericht angemeldet. Auch der dritte Angeklagte, Passarge, beabsichtigt, durch seine Verteidigung sich dem Vorgehen der beiden Mitangeklagten anzuschließen.

## Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft ziemlich rego. Fische ziemlich ausreichend, Geschäft flott. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Donnerstag galt in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:  
 Rindfleisch 1900—2000 M., ohne Knochen 1900—2100 M. Schweinefleisch 2250—3150 M. Kalbfleisch 1900—2000 M. Hammelfleisch 1650 bis 2250 M. Rindertalg 3000—3300 M. Rückensalt 3500—4000 M. Schellfisch 500—700 M. Kabeljau 770—950 M. Dorsch 550—650 M. Rotzungen 580—630 M. Flunders 300—450 M. In Eis: Schleie 700 M. Hechte 950—1150 M. Karpen 800 M. Lebende Bieler 850—950 M. Hechte 1000—1200 M. Naturbutter 2900—4200 M. Margarine 1800 bis 2700 M. Weizenmehl 480—550 M. Graupen 400 M. Rüdöl 400—550 M. Backobst: Birnen 275 M., Pflaumen 300—500 M., Gamschoten 400 bis 530 M. Kartoffeln 220—240 M. zehn Pfund. Weißkohl 70—85 M. Wirsingkohl 140—145 M. Mohrrüben 55—60 M. Zwiebeln 40 M.

Die Verletzten des Mosse-Hauses. Auf unsere Anfrage in den Abendstunden bei den Krankenhäusern, wo die Verletzten des Mosse-Hauses Aufnahme gefunden haben, erhielten wir die Auskunft, daß der Zustand der im Krankenhaus Am Urban befindlichen Verunglückten noch unverändert ist. Fri. Rüstmann, die im Krankenhaus in der Göttingerstraße liegt, schreibt auf dem Wege der Besserung fort. Für die beiden Verletzten Thomas und Schmelzer, die in der Charité liegen, ist vorübergehend keine Lebensgefahr zu befürchten.

Der Hauptausflug für Arbeiterwohlfahrt bittet Parteigenossen um Ueberlassung eines Zimmers für eine oder zwei Nächte gegen entsprechende Entschädigung für die Teilnehmer an einer Konferenz am 30. und 31. Januar. Umgebende Mitteilungen, möglichst mit Preis, sind einzuliefern an Frau Marie Juchacz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8, 2. Hof, 4 Treppen.

Eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung finden unsere Leser im Inseratenteil der gestrigen Morgennummer.

Eine Anleihe von 500 000 000 M. will die Stadt Bonn aufnehmen. Näheres ist aus dem Inserat in der heutigen Nummer zu ersehen.

Wieder ein Eisenbahnunglück. In der Nacht vom 24. zum 25. d. M. stieß ein von Gleiwitz nach Beuthen abfahrender Triebwagen am Ostende des Verschlebebahnhofs Gleiwitz mit einem Güterzug, der von Ludwigsdorf nach dem Verschlebebahnhof fahren wollte, in der Nähe eines Stellwerks zusammen. Bisher sind fünf Leichtverletzte gemeldet. Weitere Personen sind anscheinend nicht zu Schaden gekommen. Der Triebwagen ist stark beschädigt, während der Güterzug nur geringe Beschädigungen erlitten hat. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Untergang eines Fischdampfers vor der Wejermündung. Der Fischdampfer Sperber ist vor der Wejermündung geteert und gesunken. Neun Mann der Besatzung sind ertrunken, zwei Mann wurden durch einen anderen Fischdampfer gerettet.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Vorstandskonferenz

am Sonntag, den 28. Januar, vormittags 10 Uhr, in den Reibenz-Festhallen, Landsberger Str. 31. Tagesordnung: Beitragsfestsetzung für den Monat Februar. Zur Teilnahme an dieser Konferenz laden wir ein: Den Bezirksvorstand, zwei weitere Vertreter der Kreisvorstände, die Abteilungsleiter, ihre Stellvertreter und die Abteilungsleiter. Jede Abteilung muß vertreten sein. Die Hauptarbeit der Kassierer ist Pflicht. Bezirkssekretariat.

Achtung, Abteilungsleiter! Die Kassierer der 21., 74., 119. und 143. Abteilung haben bisher die Abrechnung des 3. Quartals noch immer nicht geleistet, trotzdem sie schon bis spätestens am 31. Dezember 1922 fällig war. Wir bitten dringend, für die sofortige Abrechnung sorgen zu wollen. J. M.: Max Pagels.

2. Kreis Tiergarten. Freitag, den 26. Januar (heute abend), 7 1/2 Uhr, Besprechung der sozialdemokratischen Mietervereine in den Arminius-Hallen, Bremer Str. 73. Thema: „Das Reichsrentengesetz“. Referent: Genosse Sabert Wagner.
3. Kreis Wedding. Sonnabend, den 27. Januar, 7 Uhr, Sitzung der Stadt- und Bezirksratsabteilung im Sitzungszimmer, Schönholzstr. 1, 1. Stock, Zimmer 123123.
17. Kreis Prenzlauer Berg. Elternbeträge und Erbschaften! Sonnabend, den 27. Januar, 7 Uhr, Besprechung der Arbeitsgemeinschaft im Gefängnis der Mittelschule, Westhofstr. — Abteil. 6 Uhr Praktikumsführung der SPD. im selben Raum.

### Heute, Freitag, den 26. Januar:

Kreuzung und Bauwerkunterricht. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Freitag die 16. Aufführung wissenschaftlicher Filme in der Freemasler Sternstraße. Eintrittspreise um 3 Uhr (Kinder) 10 M., 6 1/2 Uhr 40 M., 8 1/2 Uhr 60 M. Karten an der Kasse.

Jugendkassen. Gruppe Sauerberg: Heute abend 8 Uhr Diskussionsabend über „Die Idee des Klassenkampfes“ im Jugendheim, Feurigstr. 35.

### Morgen, Sonnabend, den 27. Januar:

27. Abt. Prenzlauer Berg. 6 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre in Zimmer 15 der Schule Sonnenburger Str. 20.
54. Abt. Charlottenburg. 7 Uhr Funktionärskonferenz beim Genossen Bentz, Gureckstr. 4, 1. Stfl., 2. Tr.
119. Abt. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr Funktionärsführung bei Sieke, Westendstr. 10, Ritterguthofstr. Erbschaften Pflicht.

Die Jugendbewegung für Friedrichshagen und Umgebung findet am Sonntag, den 19. März, vormittags 10 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Schulstraße, statt. Anmeldungen werden bei dem Genossen Reinhold Pich, Friedrichstraße 128a, entgegengenommen.

Koloko „Die Längerin und die Räuberin“, das nach der Musik von Mozart eine Reihe künstlicher Szenen an uns vorübergleiten läßt.

Sächsischer Humor. Die Sachsen sind nicht nur „helle“, sondern haben auch einen ganz besonderen Humor, den der moderne „Homer der sächsischen Komik“, Hans Reimann, nicht müde wird, in lustigen Büchern zu sammeln. In seinem neuesten Werkchen, das unter dem Titel „Dr. Geim“ bei Paul Steegemann in Hannover erschienen ist und eine Fülle von Anekdoten von Friedrich August von Sachsen zusammenstellt, bietet er in der Einleitung einige Proben des nach seiner Ansicht für den Sachsen typischen Humors. Auf Reifen verliert der Sachse seine nichtern-klar Beurteilung der Dinge nicht. So trifft z. B. ein junges Ehepaar bei der früher obligaten Hochzeitsreise nach Benedig am Canale Grande auf einen Künstler, der das sich ihm darbietende Bild in einem Postell festhält. Die frischgebodene Gattin guckt ihm neugierig über die Schulter. Dann läßt sie hinter ihrem Manne her und ruft strahlend: „Erich! Das ist amir braggdsch! Dähr mahld si seine Andängln fellm!“ Selbst in Lobensort verliert der Sachse nicht seine Kaltblütigkeit. Darüber folgendes Händchen: Adolf Reichfering, Zigarren- und Zigaretten (direkter Import), dempft von Hamburg aus Amerika. Da gibt es eine Explosion; das Schiff spaltet sich; das Achterdeck verflinkt in den Wellen, dann das Mitteldeck und nur das Bugspriet bleibt noch übrig, auf dem sich Reichfering befindet. Aber als auch dieses von den Fluten hinweggespült wird, da sagt Reichfering im letzten Augenblick kleinlaut und mit elegischer Ruhe: „Eindlich woldj mich ja frbrenn lassn...“ und ertrinkt. Von dem Dichter Rudolf G. Binding wird aus seiner Leipziger Studentenzeit folgendes Gedichtchen berichtet: Auf seiner Bude stand ein Klavier, und diesem entlockte er denn auch eines Nachmittags melodische Töne. Da kam das Mädchen von unten herauf, klingelte und bat: Herr Binding mechte doch das Klavierspielen lassen; die frühle Frau wäre fähre krank. Binding hörte natürlich sofort auf, aber zwei Stunden später kam das Mädchen von unten wieder, klingelte und sprach: Herr Binding gennde ruh weiter spielen. Die frühle Frau wäre ihm gekhdorm. Zum Schluß ein sächsischer Soldatenwitz. Die 19. Ulanen sollen von der Prinzessin Mathilde besichtigt werden, die der Chef des Regiments ist und ihre beträchtliche Leibesfülle zu diesem Zweck in eine Art Uniform gepreßt hat. Natürlich macht die reizende Amazone einen etwas merkwürdigen Eindruck, und der vorsichtige Führer der zweiten Schwadron kommandiert daher: „Lah! Trennen — los! Fah! Lanzen — an! Prinzessin Mathilde kommt geritten! Daß mir lee Schwein fetzt!“

Die Staatsoper veranstaltet am Sonntag, den 4. Februar, eine große Matinee zum Behen der bedrängten Deutschen an Rhein und Ruhr.

Die Berliner Akademie der Künste bereitet für die nächsten Monate zwei Ausstellungen in ihrem Hause am Berliner Platz vor. Eine kleine Ausstellung, die schon demnächst eröffnet werden kann, wird Berliner Kunst aus der Zeit von 1800 bis 1850 zeigen. Am April soll dann eine große allgemeine Ausstellung folgen als Ueberblick über das heutige deutsche Kunstschaffen.

Margarete Christiana bringt am 28. abends 8 Uhr, im Reiter- (a. l.) Kolonnen Str. 88, Dichtungen von Goethe, Hebel, Rilke, Andersen, Zaubelair, Altberg u. a. zum Vortrag.



